

**Leopold-Franzens-Universität Innsbruck**

**Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik**

**Endowed Centre for European Security Studies**

[www.european-security.info](http://www.european-security.info)



## **Analysestandpunkt 7 (Jan. 2007)** **Analytical Standpoint, no. 7 (Jan 2007)**

Herausgegeben von/edited by Alexander Siedschlag

ISSN 1819-7116

### **Sicherheitsbedrohungen, Sicherheitsvorsorge und Bevölkerungsmeinung in Österreich**

Aktuelle empirische Studien und Eigenerhebungen

*Alexander Siedschlag/Susanne Dilp/Jodok Troy<sup>1</sup>*

<sup>1</sup> Univ.-Prof. Dr. Alexander Siedschlag ist Inhaber der Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Mag. Jodok Troy ist wissenschaftlicher Assistent an der Stiftungsprofessur, Susanne Dilp ist Projektmitarbeiterin an der Stiftungsprofessur. Für die Mitwirkung an dem diesem Analysestandpunkt zugrunde liegenden Projekt danken wir Robert Jindra und Mag. Anita Kuprian. Mag. Anita Kuprian danken wir darüber hinaus für die Mitarbeit bei der Endredaktion dieser Studie. Die Autoren sind unter E-Mail [mail@european-security.info](mailto:mail@european-security.info) erreichbar.

## **Inhalt**

<b>1. Inhaltlicher Rahmen und Grundlagen der Studie</b> .....	3
1.1 Methode der eigenen Datengewinnung.....	4
1.1 Forschungsstand .....	7
1.2 Bedrohungsperspektion, Sicherheit und Sicherheitsbegriff.....	10
<b>2. Auswertung der eigenen und der sekundäranalysierten Fragestellungen</b> .....	13
2.1 Wovon die österreichische Bevölkerung ihre Sicherheit bedroht sieht .....	13
2.2 Das Österreichische Bundesheer in der öffentlichen Wahrnehmung bzw. medialen Vermittlung.....	22
2.3 Peace Support Operations, Österreichisches Bundesheer und Medien.....	27
2.4 Bedarf an politikwissenschaftlich begründeter Aufklärung.....	33
2.5 Status der öffentlichen Wahrnehmung relevanter Aspekte der Europäischen Sicherheitspolitik in Österreich – Beginn und Ende der Wahrnehmung der Sicherheit Österreichs im europäischen Rahmen.....	36
2.6 Die Funktion von Massenmedien in Zusammenhang mit dem Sicherheits- und Bedrohungsempfinden der österreichischen Bevölkerung.....	46
<b>3. Synopse</b> .....	48
<b>4. Literatur</b> .....	52

## 1. Inhaltlicher Rahmen und Grundlagen der Studie

Die vorliegende Studie, verfasst im Auftrag der Wissenschaftskommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung, stellt einen beratenden Beitrag zum Projekt „Sicherheitsbedrohungen, Sicherheitsversorgung und Bevölkerungsmeinung“ dar. Ziel der Studie ist die Evaluierung und analytische Aufbereitung des aktuellen Status der öffentlichen Meinung in Österreich in Bezug auf Sicherheitsrisiken und mögliche Maßnahmen zur Reduktion der wahrgenommenen Risiken. Insbesondere die Wechselwirkungen zwischen sicherheitspolitischen Agenden, der Bevölkerung und den zuständigen staatliche Stellen – vor allem dem Österreichischen Bundesheer (ÖBH) – steht im Zentrum des Erkenntnisinteresses.

Eine wichtige empirische Grundlage dieser Untersuchung ist neben der Sekundäranalyse der Eurobarometer-Umfragen eine von uns im Juni 2006 unter österreichischen Studierenden und unter Mitgliedern der österreichischen security community durchgeführte Umfrage. In dieser Befragung wurden zunächst jene Themenkomplexe identifiziert, die als potenzielle „Sicherheitsbedrohungen“ eingestuft werden. In Anbetracht des Umstandes, dass politische Kommunikation nicht unabhängig von der Darstellung und Vermittlung in den Massenmedien begriffen werden kann, wurde darüber hinaus über eine Medienresonanz-Analyse<sup>1</sup> die öffentliche Wahrnehmung sicherheitspolitisch relevanter Themenstellungen untersucht. Insbesondere das Erscheinungsbild des österreichischen Bundesheeres und dessen öffentliches Image im Verwendungsbild „erweiterte Petersberg-Aufgaben“ wurde einer näheren Betrachtung unterzogen. In Verbindung mit der Analyse der medialen Thematisierung der Rolle des österreichischen Bundesheeres bei internationalen Peace Support Operations können interessante Rückschlüsse auf Möglichkeiten und Grenzen der Positionierung und Ausrichtung des Heeres gezogen werden. Damit wird zudem die Frage nach dem erforderlichen Ausmaß und Inhalt eines nach politikwissenschaftlichen Kriterien begründeten Aufklärungsbedarfes in der Bevölkerung thematisiert. In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, ob Massenmedien sicherheitspolitische Themenkomplexe für die Bevölkerung in hinreichendem Maße aufbereiten oder ihre Funktion als intermediäre Agenten nur partiell erfüllen. Insbesondere die öffentliche Wahrnehmung und mediale Vermittlung der Einbindung Österreichs in die europäische Sicherheitsarchitektur, vor allem das System der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) im Rahmen der Gemeinsamen

---

<sup>1</sup> Die Medienresonanzanalyse kann bei der Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik, E-Mail [mail@european-security.info](mailto:mail@european-security.info), angefordert werden.

Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union, ist als Grundlage weiterer politischer Entwicklungen von Belang.

### 1.1 Methode der eigenen Datengewinnung<sup>2</sup>

Auf Basis eines maßgeschneiderten Fragebogens wurden im Juni 2006 zwei anonyme Befragungen durchgeführt. Zum einen wurden österreichische Studierende befragt (kurz: Studierendenumfrage<sup>3</sup>), zum anderen Repräsentantinnen und Repräsentanten der österreichischen security community (kurz: Expertinnen-/Expertenumfrage<sup>4</sup>).

Die Entscheidung für die *Studierendenumfrage* resultiert aus der Absicht, um eine bisher in Österreich noch nicht geleistete Erhebung des sicherheitspolitischen Meinungs- und Informationsstands der Hauptgruppe potenzieller künftiger gesellschaftlicher und politischer Leistungsträgerinnen und Leistungsträger vorlegen zu können. Dazu fühlen wir uns aufgrund des unser Institution zukommenden besonderen akademischen und öffentlichen Bildungsauftrages in sicherheitspolitischen Belangen verpflichtet. Vor diesem Hintergrund wurde bei der Studierendenumfrage eine grundsätzliche Vollerhebung angestrebt und folgende öffentliche Hochschulen ersucht, die Bitte um Beteiligung an der Erhebung allen ihren, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzenden, Studierenden zu übermitteln:

Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Universität Klagenfurt

Johannes-Kepler-Universität Linz

Karl-Franzens-Universität Graz

Montanuniversität Leoben

Universität Wien

Universität Salzburg

Technische Universität Wien

---

<sup>2</sup> Anmerkung zur Zitierweise: Die wissenschaftliche Literatur die für die Studie verwendet wurde wird im Text zitiert, die Quellen der Graphiken werden in Fußnoten angegeben. Es sind diese unsere eigene Umfrage (zitiert als „Eigene Umfrage“), die Medienresonanz-Analyse (zitiert als „Medienresonanz-Analyse“) und die Eurobarometer-Umfragen (zitiert als „Eurobarometer, Nr., Erscheinungsdatum, Hyperlink“). Alle Dokumente finden sich im Anhang. Bei den Eurobarometer-Belegen wird manchmal keine Seitenzahl angegeben, weil das zitierte Eurobarometer-Dokument in diesem Fall keine Seitenzahlen aufweist.

<sup>3</sup> Ausgewählte Ergebnisse sind im Analysestandpunkt Nr. 6 (Oktober 2006) veröffentlicht, abrufbar unter <http://analysestandpunkt.european-security.info>.

<sup>4</sup> Im Folgenden werden lesbarkeitshalber in der Regel keine geschlechtsneutralen Formulierungen verwendet, die Aussagen beziehen sich jedoch stets gleichermaßen auf Frauen und Männer.

Leider war es nicht möglich, von allen Universitäten die erbetenen Angaben über die Gesamtzahl der versandten E-Mails zu erhalten. Besonders engagiert unterstützt wurde die Umfrage von den Universitäten Innsbruck und Salzburg, wofür wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken möchten. Diese Studierendenbefragung erbrachte 1 880 gültige Datensätze. Angesichts der Tatsache, dass es in Österreich mehrere 10 000 Studierende gibt, scheint der Rücklauf von 1 800 Fragebögen als eine verschwindend geringe Quote. Auch die Tatsache, dass die Befragung in der Prüfungszeit, beziehungsweise zu Beginn der Sommerferien, durchgeführt wurde, kann als Erklärung für die geringe Rücklaufquote gesehen werden. Allerdings sollte berücksichtigt werden, dass es sich um keine repräsentative Umfrage, sondern eine Vollerhebung handelte: Alle an Fragen der Sicherheit Österreichs interessierten österreichischen Studierenden der regulären Universitäten hatten grundsätzlich die Möglichkeit sich zu beteiligen. Dass dieses Interesse schlussendlich bei 1 880 Studierenden so ausgeprägt war, dass sie sich an der Umfrage beteiligten, ist deshalb bereits an sich ein aussagekräftiges Ergebnis und kein Argument gegen die Validität.

Bei der *Expertinnen-/Expertenumfrage* erlaubt die Rücklaufquote demgegenüber keine aussagekräftigen Schlussfolgerungen. Die Erhebungsgesamtheit bildeten die 358 österreichischen Abonnementinnen und Abonnenten des Experten-Newsletter der Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik als erklärtermaßen an sicherheitspolitischen Fragen besonders Interessierte. Von den 358 versandten E-Mails waren 29 unzustellbar; die Einladung zur Teilnahme an der Umfrage erreichte somit 349 Personen. Lediglich 34 gültig ausgefüllte Fragebögen wurden jedoch retourniert. Das entspricht einer Rücklaufquote von 9,7 Prozent. Diese Tatsache erlaubt verschiedene Interpretationen. Einerseits könnte es sein, dass die sicherheitspolitischen Expertinnen und Experten nicht an Fragen interessiert sind, die die Sicherheit ihres eigenen Landes betreffen. Dies könnte beispielsweise daran liegen, dass die Expertinnen und Experten in ihrem sicherheitspolitischen Bewusstsein stark europäisiert sind und deshalb Fragen der nationalen Sicherheit im Vergleich zu Fragen der europäischen Sicherheit keine besondere Bedeutung beimessen, die dazu motiviert hätte, sich an der Umfrage zu beteiligen. Angesichts der österreichischen Tradition der umfassenden (darunter auch der sozialen und gesellschaftlichen) Landesverteidigung, erscheint diese Erklärungsmöglichkeit jedoch nicht besonders schlagkräftig. Dies umso mehr, als von uns im Begleitschreiben zum Fragebogen ausdrücklich auf die Zusammenhänge zwischen nationaler und europäischer Sicherheitspolitik hingewiesen wurde und der Fragebogen auch explizite

Fragen zur Einschätzung der Bedeutung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik enthielt.

Die Vermutung liegt nahe, dass gerade im Expertensystem die Einschätzung der Bedrohungslage sowie der nationalen, wie europäischen Reaktionsmöglichkeiten stark „versicherheitlicht“ ist: Im politischen Diskurs als „Ausnahmezustand“ kommuniziert, der in das Regierungsmonopol staatlichen Daseinsschutzes fällt und deshalb dem „normalen“ politischen Entscheidungsprozess enthoben ist (Buzan/Wæver/de Wilde 1998). Dafür sprechen auch einige Rückmeldungen, die wir sowohl zur Experten- als auch zur Studierendenumfrage erhalten haben und welchen uns vorgeworfen wurde, entweder staatspolitische Forschung zu betreiben oder – da unsere Institution eine Stiftung des BMLV im Namen der Republik Österreich sei – im Auftrag der Regierung oder des Bundesministeriums für Landesverteidigung „Meinungsspionage“ zu betreiben oder durch Suggestivfragen die öffentliche Zustimmung zur Regierungspolitik erhöhen zu wollen.

Bei der Planung der Umfrage haben wir uns aus wohlüberlegten Gründen der computergestützten, statistischen Auswertbarkeit für relativ geschlossene Fragen (in der Regel vorgegebene Antwortmöglichkeiten) entschieden. Diese Vorgehensweise wurde von zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern kritisiert. Aufgrund der zu erwartenden großen Zahl an Fragebögen bei der Studierendenumfrage sprach zunächst die Praktikabilität der Auswertung (wir wären nicht in der Lage gewesen, 1 800 individuelle Antworten auf offene Fragen zu rastern und auszuwerten) für die schließlich gewählte Vorgehensweise. Aber wir entschieden uns vor allem auch aus inhaltlichen Gründen für geschlossene Fragen: Aufbauend auf der Analyse der vorhandenen Studien, des Forschungsstandes und der Beobachtung der politischen, gesellschaftlichen und öffentlichen Debatte zur Sicherheit und Sicherheitspolitik Österreich interessierte uns, inwieweit wir im Rahmen der Umfrage als typisch geltende Einstellungen, Wissensstände, Missverständnisse und Vorwürfe (z.B. im Zusammenhang mit der Diskussion um die Bedeutung von Neutralität) reproduzieren können würden. Darüber hinaus war es unser Interesse, eine Form der Fragengestaltung zu finden, die möglichst wenig Ausflüchte, „weiß ich nicht“-Antworten oder Mittelwerttendenzen begünstigt. Unseres Erachtens spricht die Prägnanz der Ergebnisse vollauf für diese Vorgehensweise.

## 1.2 Forschungsstand

Die nun kurz zu berichtende Literaturanalyse wurde stellenweise bereits für die Ausarbeitung der beiden Befragungen verwendet und soll sowohl die Ergebnisse als auch die aufgedeckten Problembereiche der bisherigen österreichischen Umfrageforschung zum Thema Sicherheit und Bedrohungen zusammenfassen. Spezielle Einstellungsmuster haben sich zwar selbstverständlich etwas gewandelt – zumal sich auch die sicherheits- und außenpolitische Situation geändert hat – doch grundlegende Erkenntnisse, zu denen Autoren früherer Studien gekommen sind, gehen mit den Analyseergebnissen aktueller Umfragedaten konform.

Im Werk von Werner W. Ernst und Franz Kernic (2002) – *Öffentliche Meinung und europäische Sicherheitspolitik. Österreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Umbruch* – wird versucht, die Entwicklung der österreichischen öffentlichen Meinung als ein wichtiges demokratisches Legitimationsinstrument sowie eine Momentaufnahme der Einstellungsmuster in Bezug auf Aspekte der europäischen und nationalen Sicherheit und Verteidigung zu verstehen. Methodisch gehen die Autoren zunächst bis zu den Anfängen der zweiten Republik zurück und erörtern die Entwicklung und Veränderungen sicherheits- und verteidigungspolitischer Leitbilder und Konzeptionen. Hierbei wird zwar eindeutig ein Wandel festgestellt, doch kann keinesfalls von einem Konsens auf politischer Ebene gesprochen werden. In einem zweiten Schritt wird dazu die europäische Ebene betrachtet – zunächst mit einem groben Überblick über die wichtigsten Ereignisse und Veränderungen der ESVP, um dann im Anschluss den Einstellungswandel der Österreicher hinsichtlich europäischer Sicherheit und ihrer Veränderungen im Kontext darstellen zu können. Der Kern des Buches setzt sich mit der öffentlichen Meinung in Österreich zu wichtigen Aspekten der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – wie beispielsweise Ängste, Neutralität, Osterweiterung – auseinander und interpretiert aktuelle Umfrageergebnisse (v.a. Eurobarometer).

Zum Vergleich wird die deutsche Öffentlichkeit herangezogen, wenngleich sich hinsichtlich der Ähnlichkeit der politischen Haltung Schweden oder Finnland wahrscheinlich besser dafür geeignet hätten. Bei den Ausführungen wird mehrmals ein deutlicher Widerspruch zwischen den Veränderungen sicherheits- bzw. verteidigungspolitischer Anforderungen und dem wesentlich langsamer voranschreitenden Wandel im österreichischen Bewusstsein – widerspiegelt in der öffentlichen Meinung – betont und die Frage nach dem Grund dafür aufgeworfen. Es gebe zwar eine positive Einstellung gegenüber einer ESVP, doch halte die österreichische Bevölkerung an traditionellen politische Einstellungen – wie der Neutralität –

fest und äußere sich in Hinblick auf Neuorientierung eher reserviert. Dass solche inkongruenten Ergebnisse auf ein Informationsdefizit der Öffentlichkeit zurückgehen, wird nicht ausgeschlossen, herrsche doch auch auf politischer bzw. institutioneller Ebene eine gewisse Orientierungslosigkeit und Begriffsunklarheit. So sei es bis jetzt noch nicht möglich gewesen, der Bevölkerung die Bedeutung von sicherheits- und verteidigungspolitischen Veränderungen verständlich zu machen. Obwohl das Buch vor vier Jahren erschienen ist, zeigen neuere Umfrageergebnisse kaum Veränderungen, so dass der Inhalt noch als sehr aktuell und relevant betrachtet werden kann. Die Grundergebnisse und Thesen können durch die vorliegende Analyse durchaus bestätigt bzw. erhärtet werden.

Weniger österreichspezifisch, dafür aufwendiger im Analyseteil sind die Texte von Franz Kernic, Jean Callaghan und Philippe Manigart (2002) im Band *Public Opinion on European Security and Defence. A Survey of European Trends and Public Attitudes toward CFSP and ESDP*. Kernthema ist die Beziehung zwischen öffentlicher Meinung und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, welche auf zwei Ebenen untersucht wird. Erstens werden empirisch vergleichbare Daten von bereits durchgeführten, bestimmte Standards erfüllenden Umfragen in Bezug auf die Meinungen und Wahrnehmungen der europäischen Bevölkerung als solches analysiert. Zweitens werden Auswertungen von nationalen Meinungsumfragen herangezogen, um eine tiefer gehende Analyse durchzuführen und mögliche Unstimmigkeiten im Vergleich zu europaweiten Ergebnissen zu identifizieren. Für die Interpretation der gewonnenen Erkenntnisse werden diese in einen gesamtpolitischen Kontext gesetzt und mit den Umfragedaten anderer EU-Mitgliedstaaten verglichen. Diese Vorgehensweise ermöglicht einen guten Überblick und vor allem einen direkten statistischen Vergleich – sowohl mit Nachbarstaaten als auch anderen neutralen bzw. nicht paktgebundenen Staaten.

Ziel und Zweck der Studie von Kernic, Callaghan und Manigart ist eine praxisorientierte Analyse empirischer Daten und nicht eine theoretische Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten, wengleich die Autoren es nicht verabsäumen, Definitionen festzulegen. Zunächst werden Visionen und Wahrnehmungen von Sicherheit und Verteidigung nach dem Kalten Krieg betrachtet, die sich im Vergleich zu heute aufgrund der Änderung der europäischen Sicherheitslage doch sehr gewandelt haben. Es folgen eine Darstellung des augenblicklichen Forschungsstandes in diesem Bereich und ein Überblick über die Entwicklung der ESVP mit den wichtigsten Eckdaten sowie eine Momentaufnahme der öffentlichen Meinung aus der



Mitte der 1990er-Jahre. Allerdings wird im anschließenden Teil, in welchem die Eurobarometerumfrage mit dem Schwerpunkt Sicherheit und Verteidigung aus dem Jahr 2001 analysiert wird, kein Bezug oder Vergleich zu den aus früheren Umfragen gewonnenen Erkenntnissen hergestellt. Damit erscheint der Schnappschuss aus dem Jahr 1996 zwar interessant, aber nicht sonderlich relevant. Was im Werk von Ernst und Kernic nicht so deutlich hervorgehoben, in diesem Band jedoch detaillierter herausgearbeitet wurde, ist die Tatsache, dass Umfragedaten stets kritisch und mit Vorsicht interpretiert werden müssen, da die Art der Fragestellung starken Einfluss auf die gewinnbaren Erkenntnisse hat. Die Autoren analysieren Fragen der Eurobarometer-Spezialumfrage „Public Opinion and European Defense“ (Manigart 2001) im Detail und zeigen verschiedene Einflussflussfaktoren auf – wie beispielsweise Unstimmigkeiten in den Übersetzungen. Sie betonen aber, dass das Eurobarometer die einzige standardisierte Umfragereihe sei, die eine systematische Annäherung an die öffentliche Meinung in Bezug auf europäische Sicherheit und Verteidigung ermögliche. Außerdem geben sie Empfehlungen zur Verbesserung von Umfragen ab, wie zum Beispiel regelmäßige, europaweite Erhebungen zu Themen wie GASP oder ESVP, detaillierte Analysen und genauere Interpretationen der Ergebnisse und Gestaltung der Umfragen in Hinblick auf Relevanz für politische Entscheidungsträger, da ein engerer Zusammenhang zwischen öffentlicher Meinung und Politikplanung wünschenswert sei. In Bezug auf konkrete politische Handlungs- und Reaktionsvorschläge halten sich die Autoren absichtlich zurück und betonen nur, wie wichtig es sei, zeitgerechte und glaubwürdige Informationen für die Öffentlichkeit bereitzustellen.

Darüber hinaus als solche nennenswert ist die bereits erwähnte Analyse von Phillippe Manigart (2001) „Public Opinion and European Defence“. Seine Auswertungen des gleichnamigen Special Eurobarometer zeigen, dass generelle Einstellungen im Vergleich zu aktuellen Erhebungen relativ gleich bleiben. Dennoch eignen sich diese Zahlen nur für einen grundsätzlichen Vergleich, da einschneidende Ereignisse und deren außen- und sicherheitspolitische Folgen wie der 11. September 2001 oder der „Kampf gegen den Terror“ in Afghanistan und Irak zu Auslenkungen und Veränderungen der Sicherheits- und Bedrohungsperzeptionen der Öffentlichkeit geführt haben.

Die Ergebnisse der ausschließlich auf Österreich bezogenen Umfragestudie *Meinungen der Österreicher zu Neutralität, Sicherheit und NATO* (Reiter 1999) reihen sich in die Erkenntnisse anderer Studien zu diesem Thema ein, nämlich, dass widersprüchliche

Einstellungsmuster der Österreicher festzustellen seien. Der Autor spricht sogar von „Schizophrenien in der Einstellung der Österreicher“. Wenngleich der Text aus dem Jahr 1999 stammt und obwohl zum Thema „NATO-Beitritt“ augenblicklich keine politische Debatte geführt wird, ist doch die Neutralität immer noch ein wichtiger Bestandteil der österreichischen öffentlichen Meinung und die dadurch bedingte teilweise Inkonsistenz der Wahrnehmungen auch jetzt noch vorhanden. Insofern sind zwar die Umfragedaten nicht mehr sonderlich relevant, doch können die Erkenntnisse durchaus zur Bestätigung herangezogen werden.

Ähnlich verhält es sich bei Joachim Gillers (1996) Aufsatz über „Umfassende Sicherheit, öffentliches Sicherheitsempfinden und staatliche Sicherheitspolitik“. Die verwendeten Umfragedaten sind aus heutiger Sicht veraltet, doch die Erkenntnisse über die öffentliche Meinung und deren Wichtigkeit für politische Entscheidungsträger sind durchaus verwendbar. So betrachtet er vor allem Rankings in den Umfragen sehr kritisch, da diese stark fluktuieren und von aktuellen Geschehnissen abhängig sind. Man könne von ihnen keine wirklichen Vorhersagen über weitere Entwicklungen ableiten. Bezuglose Fragen seien wirkungsvoller, da sie individuelle Perzeptionen inkludieren und nicht von bestimmten Ereignissen determiniert werden.

Abschließend soll noch der Aufsatz von Richard Sinnott (1997) – „European Public Opinion and Security Policy“ erwähnt werden, der vor allem von analytischer Seite Inputs für die hier vorliegende Untersuchung lieferte. Sinnott verfasste eine recht ausführliche methodische und begriffliche Analyse von Themengebieten wie „öffentliche Meinung“ oder „Einstellungen“ und untersuchte in Folge anhand des Eurobarometers und vergleichbaren amerikanischen Umfragen Einstellungsmuster in den Bereichen NATO, GASP, Konfliktintervention und nuklearpolitische Themen. Meinungsänderungen, so Sinnott, werden aber nicht nur durch den Informations- und Wissensstand der Bevölkerung verursacht, sondern auch durch die „Politisierung“ verschiedener Aspekte. Damit ergänzt er die Zusammenhänge zwischen Bedrohungen, Geschehnissen und Meinung um Vermittlung, Politisierung und Meinung.

### **1.3 Bedrohungsperzeption, Sicherheit und Sicherheitsbegriff**

Der vorliegenden Studie kann bereits ihrem Erkenntnisinteresse entsprechend kein abgeschlossener Sicherheitsbegriff zugrunde gelegt werden; denn es geht gerade auch darum

zu ermitteln, was in den hier empirisch betrachteten Teilen der Bevölkerung unter „Sicherheit“ und „Sicherheitsbedrohung“ verstanden wird und welche Art nationaler Sicherheitspolitik in diesem Rahmen als sozial erwünscht oder gesellschaftlich tragfähig gelten kann. Damit liegt es jedoch nahe von einem so genannten „konstruktivistischen“ Sicherheitsbegriff auszugehen: Einem Sicherheitsbegriff, der nicht auf objektiv nachweisbaren Bedrohungen basiert, sondern darauf, was in öffentlichen Debatten als sicherheitsbezogene Problematik kommuniziert wird:

Was wir als Sicherheitsprobleme und Sicherheitspolitik erkennen können, ergibt sich nicht aus feststellbaren Bedrohungsmustern, sondern aus gesellschaftlichen Praktiken eines Sprechens über „Sicherheit“, das im Wege der diskursiven „Versicherheitlichung“ („securitization“) bestimmter Themen eigene sicherheitspolitische Wirklichkeiten schafft (z.B. Buzan/Wæver/de Wilde 1998; Farrell 2002). Ein pointiertes Beispiel: Gleichgültig, ob es im Irak Massenvernichtungswaffen gab oder nicht: Wenn darüber gesprochen wird und diese Rede sozial relevante Konsequenzen hat, dann waren die – wenn auch möglicherweise nur sprachlich konstruierten – irakischen Massenvernichtungswaffen ein realistisches Sicherheitsproblem. Auf eine Faustformel gebracht: „Sicherheitspolitik betreibt, wer Bedrohungen definiert“ (Daase 1993: 45).

Darüber hinaus haben wir in den dieser Studie zugrunde gelegten analytischen Sicherheitsbegriff die risikotheorietische Annahme aufgenommen, dass „Sicherheit“ ein soziales Symbol ist, mit dem Konsens über Grundlagen gesellschaftlicher Daseinsgestaltung bzw. -vorsorge und Gemeinschaftsbildung gegenüber „anderen“ geschaffen und reproduziert werden soll (vgl. z.B. Kaufmann 1973).

Neben politischen Entscheidungsträgern, die insofern einen wichtigen Platz im Informationskreislauf einnehmen, als dass es auf ihre Einschätzung und Motivation ankommt (vor allem darauf, vor welchem Hintergrund Bedrohungen kommuniziert werden), spielen sämtliche Medien als Informationsvermittler eine wesentliche Rolle. In dieser Funktion filtern sie Informationen und entscheiden mehr oder weniger über den inhaltlichen und räumlichen/zeitlichen Umfang der Berichterstattungen. Ob eine bestehende oder potenziell vorhandene „Gefahr“ zu einer von der Bevölkerung wahrgenommenen „Bedrohung“ wird, hängt in einem weiteren Schritt davon ab, wie Individuen persönlich darüber denken, auf welche Art und Weise und wie umfassend sie sich informieren wollen (Giller 1996).

Die Feststellung von objektiven Bedrohungsperzeptionen ist folglich eine komplexe Herausforderung und erfordert eine vielschichtige Analyse des Informationstransferprozesses. Hinzu kommt neben den oben genannten, die Wahrnehmung der Bevölkerung als Ganzes beeinflussenden Faktoren die unabwendbare Abhängigkeit von vorhandenem und verfügbarem empirisch ermitteltem Datenmaterial. Um Bedrohungsempfindungen zu erfassen, muss zunächst nach ihnen gefragt werden, wobei sich die Fragestellungen natürlich an bereits eingetroffenen bzw. von der jetzigen Situation ableitbaren Geschehnissen und Szenarien orientieren.

Solche beispiellose Ereignisse führen nun zwar zu kurzfristigen Auslenkungen des Sicherheits- und Bedrohungsempfindens, jedoch nicht zwingend zu einer dauerhaften Veränderung der bevölkerungsweiten Risikoperzeptionen. Um also fundierte Aussagen über die Bevölkerungsmeinung zu treffen, ist es unumgänglich, einen weiten Betrachtungszeitraum zu wählen. Ansonsten ist das Ergebnis lediglich eine Momentaufnahme, die wenig über die Grundstimmung aussagt und sich nur für gezielte und schnelle Handlungen von Seiten politischer Entscheidungsträger bzw. zur gezielten Erfassung von Reaktionen auf bestimmte räumlich-zeitlich begrenzte Ereignisse eignet (Giller 1996: 459).

## 2. Auswertung der eigenen und der sekundär analysierten Fragestellungen

### 2.1 Wovon die österreichische Bevölkerung ihre Sicherheit bedroht sieht

Abb. 1<sup>5</sup>

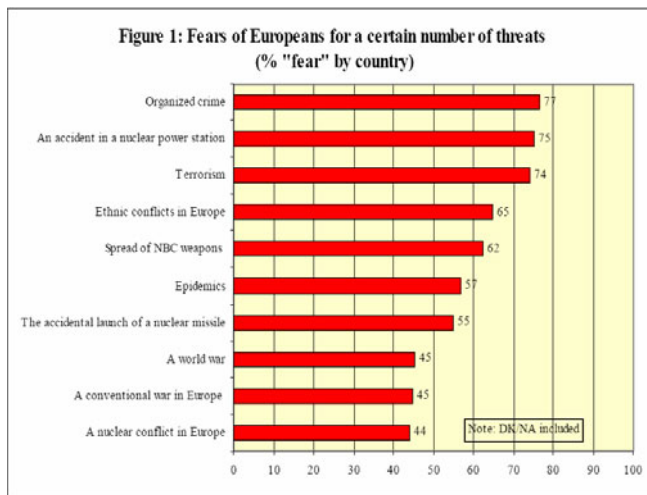


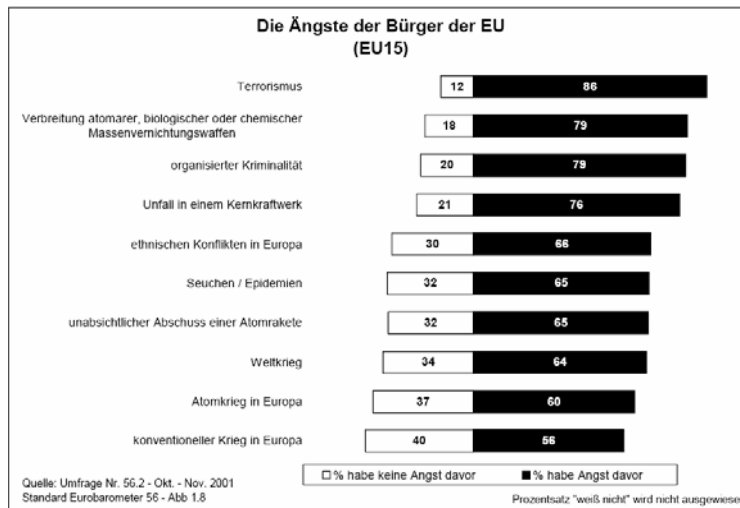
Abb. 1a<sup>6</sup>

WORLD WAR	39,5 %
NUCLEAR CONFLICT IN EUROPE	42,6 %
CONFENTIONAL WAR IN EUROPE	40,6 %
THE ACCIDENTAL LAUNCH OF A NUCLEAR MISSILE	47,3 %
AN ACCIDENT IN A NUCLEAR POWER STATION	82,5 %
SPREAD OF NUCLEAR, BACTERIOLOGICAL OR CHEMICAL WEAPONS OF MASS DESTRUCTION	48,3 %
ETHNIC CONFLICTS IN EUROPE	48,8 %
TERRORISM	50,6 %
ORGANISED CRIME	60,8 %
EPIDEMICS	37,1 %

In das Eurobarometer vom Juli 2001 wurden erstmals Fragen zu den Ängsten der Europäer aufgenommen, die bis 2003 im Fragenkatalog der Eurobarometer-Reihe blieben und somit Vergleichszahlen liefern. Noch vor dem 11. September 2001 als einschneidendem Ereignis führten organisierte Kriminalität (77 %) und Unfall in einem Kernkraftwerk (75 %) die Ängste der Europäer an (Abb. 1). Die Wahrnehmung der Österreicher differenziert sich ein wenig – so wird ein Reaktorunfall (82,5 %) als größte Bedrohung wahrgenommen und dann erst die organisierte Kriminalität (60,8 %) (Abb. 1a, Eurobarometer: nationale Daten [Österreich] – Korrespondenz mit Eurobarometer).

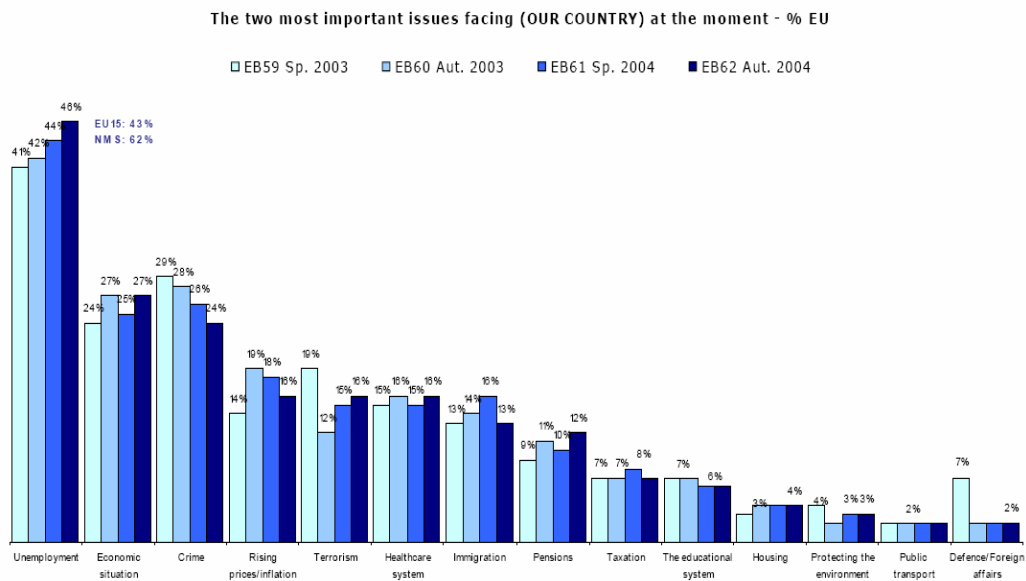
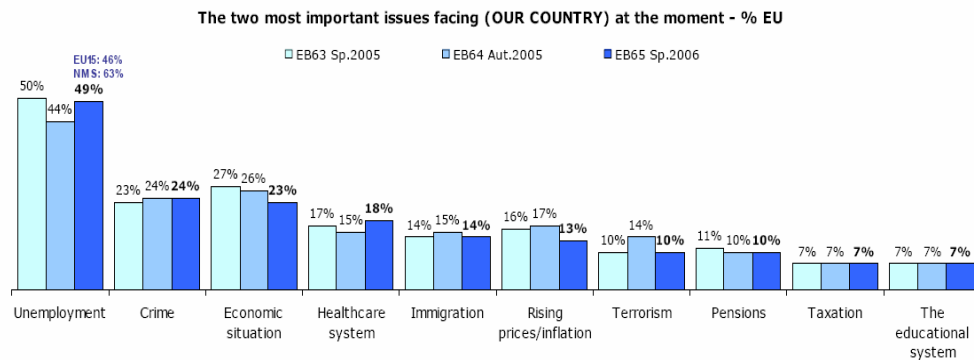
<sup>5</sup> Manigart (2001): 4.

<sup>6</sup> Eurobarometer: nationale Daten (Österreich) aus dem Jahr 2001– Korrespondenz mit Eurobarometer.

Abb. 2<sup>7</sup>

Im Herbst 2001 (Abb. 2) kann dann ein deutlicher Anstieg des „Terrorismus“ als wahrgenommene Bedrohung festgestellt werden – von 74 auf 86 Prozent – gefolgt von der Gefahr durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen – von 62 auf 79 Prozent. Organisierte Kriminalität und Unfälle in Atomkraftwerken bleiben weiterhin bestehende Ängste, jedoch ohne sich markant zu ändern. Im Vergleich zu der EU-15 hat für Österreich die neu wahrgenommene Bedrohung nicht so deutliche Auswirkungen – 70 Prozent der Befragten sehen im Terrorismus den Ursprung ihrer Angst und nur 68 Prozent in der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Nummer eins im Ranking bleibt die Angst vor Nuklearunfällen (Eurobarometer 56, April 2003: B.16). Bereits im Jahr 2002 verringern sich die Ängste der Österreicher wieder, und zwar in allen Bereichen. Auch auf der EU-Ebene kommt es zu einer Entspannung, insbesondere die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen wird nicht so stark wahrgenommen. Die Österreicher empfinden weiterhin Unfälle in Atomkraftwerken als größte Bedrohung (Eurobarometer 57, Oktober 2002: B.7).

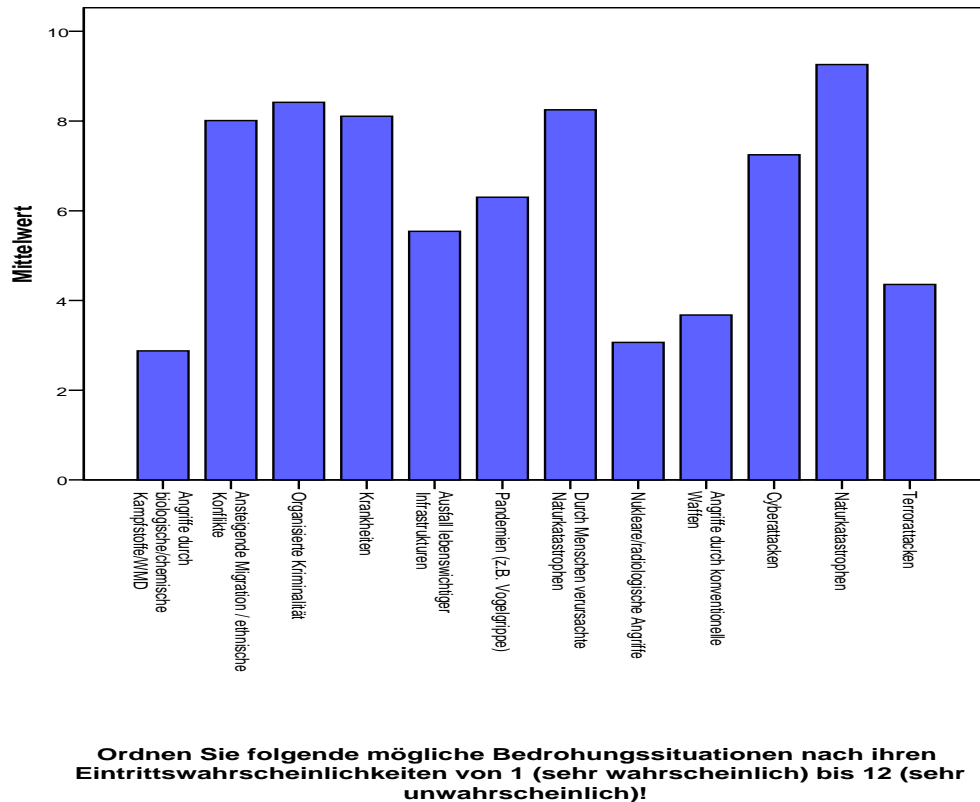
<sup>7</sup> Eurobarometer 56 (April 2002): 13, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb56/eb56\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb56/eb56_de.pdf).

Abb. 3<sup>8</sup>Abb. 4<sup>9</sup>

Bei Befragungen nach den größten Sorgen der Europäer (im Zeitraum Frühjahr 2003 bis Frühjahr 2006, Abb. 3 und 4) reduzieren sich die Bedenken aufgrund des Terrorismus von 19 Prozent auf 10 Prozent, ähnlich verhält es sich mit der Kriminalität allgemein (von 29 % auf 24 %). Diese sinkende Tendenz ist auch in Österreich festzustellen – von 5 Prozent auf 2 Prozent bzw. von 24 Prozent auf 17 Prozent.

<sup>8</sup> Eurobarometer 62 (Mai 2005): 23, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb62/eb\\_62\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb62/eb_62_en.pdf).

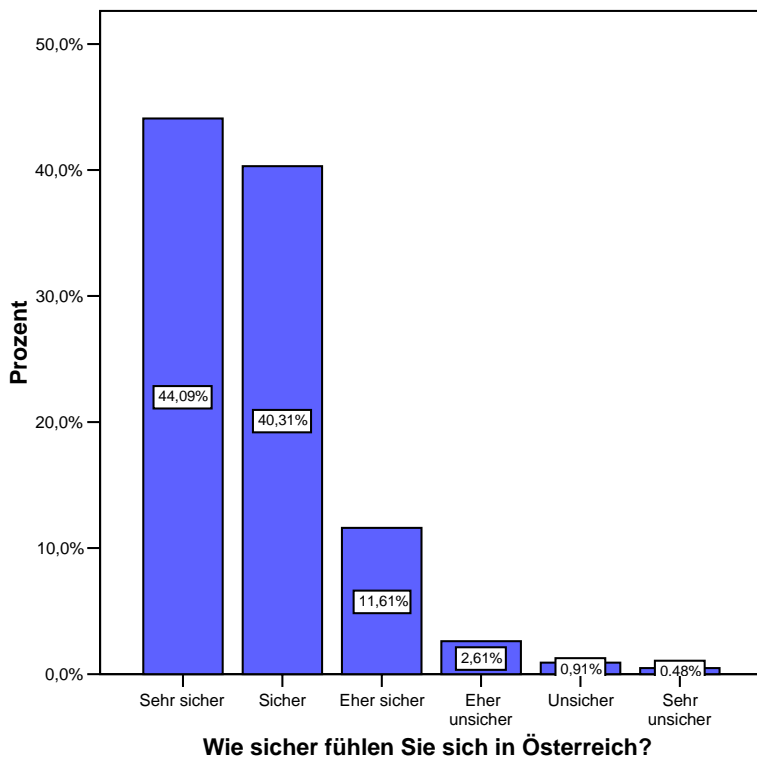
<sup>9</sup> Eurobarometer 65 (Juli 2006): 8, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb65/eb65\\_first\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_first_en.pdf).

Abb. 5<sup>10</sup>

Auch dem Ergebnis unserer eigenen Studierendenumfrage lässt sich entnehmen, dass hauptsächlich nicht-militärische Bedrohungen und Gefahren wahrgenommen werden (Abb. 5) – vornehmlich Naturkatastrophen, organisierte Kriminalität, durch Menschen verursachte Naturkatastrophen, Krankheiten und ethnische Konflikte, die durch ansteigende Migration ausgelöst werden. Die Befragten fühlen sich im Allgemeinen nicht sehr bedroht und auch gut geschützt – 84 Prozent fühlen sich „sehr sicher“ oder „sicher“ (Abb. 6). Auf die Frage nach den Gründen für ihr Sicherheitsgefühl, gab ein Großteil eine relativ niedrige Kriminalitätsrate im Inland, kaum vorhandene Terrorbedrohung in ihrem Lebensumfeld und Vertrauen in den Polizeiapparat an. Die Neutralität oder das Bundesheer werden eher hinten angestellt – mit den Rängen 9 bzw. 11 (Abb. 7).

<sup>10</sup> Eigene Umfrage.



Abb. 6<sup>11</sup>Abb.7<sup>12</sup>

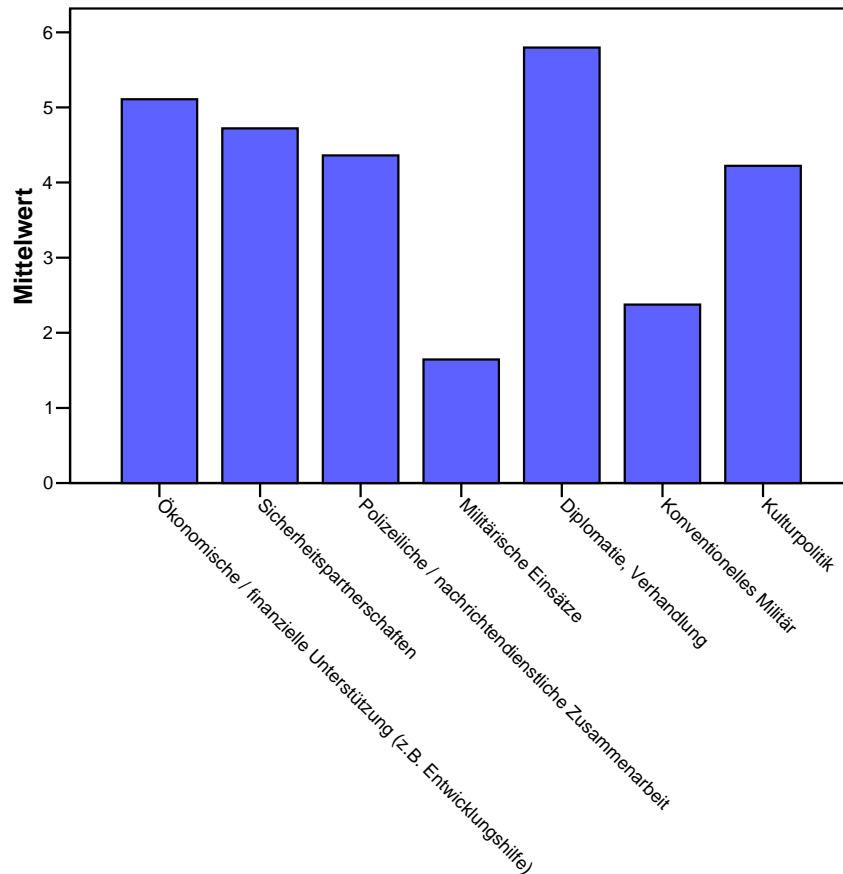
Falls Sie mit „ja“ geantwortet haben, warum fühlen Sie sich in Österreich sicher? (Anzahl der Nennungen, Top „10+1“)

Wenig Kriminalität	288
Wenig Terrorgefahr	207
Gute Polizei	171
Gute/stabile soziale Lage	111
Gute Politik	95
Neutralität	78
Gute wirtschaftliche Lage	49
Starkes Sicherheitsgefühl	44
EU	29
Kleines Land = wenig Risiken	26
Bundesheer sorgt für Sicherheit	24

Diesem Empfinden nach entsprechen auch die bevorzugten Mittel der Sicherheitsgewährleistung – die meisten halten nicht-militärische Maßnahmen (wie beispielsweise Diplomatie, Verhandlung, Sicherheitspartnerschaften, polizeiliche Zusammenarbeit oder Entwicklungshilfe) für zielführender (Abb. 8).

<sup>11</sup> Eigene Umfrage.

<sup>12</sup> Eigene Umfrage.

Abb. 8<sup>13</sup>

**Ordnen Sie folgende Methoden, um die Sicherheit Österreichs zu verbessern in der Reihenfolge, in der sie eingesetzt werden sollten (1= beste Methode, 7= letzter Ausweg, wenn nichts anderes hilft).**

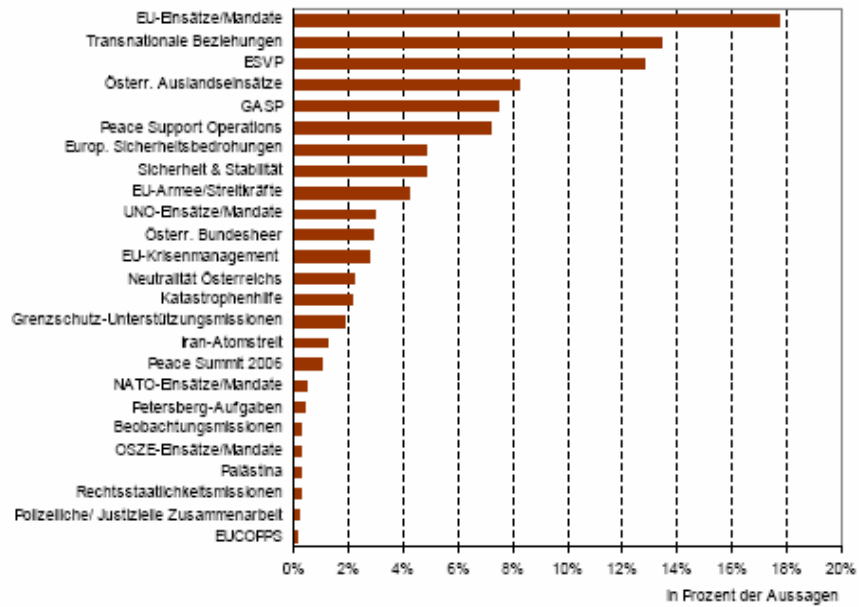
Dieses Ergebnis geht konform mit dem der Themenanalyse der Berichterstattung österreichischer Medien (Abb. 9). Sicherheitsbedrohungen allgemein werden zwar relativ häufig thematisiert, konkrete Sicherheitsgefährdungen wie der Atomstreit im Iran oder der Palästina-Konflikt werden ausschließlich marginal gestreift. Es wird durch die Medien demnach keine erhebliche Bedrohungswahrnehmung gefördert und auch kein isolierbares Bedrohungsbewusstsein kreiert. Sicherheit und Bedrohungen werden eher im Zuge von – vornehmlich militärischen – Einsätzen im Rahmen der EU behandelt. An dieser Stelle ist ein gewisser Widerspruch zu den Umfrageergebnissen festzustellen, laut dieser insbesondere nicht-militärische Gefahren als Sicherheitsbedrohung empfunden werden. Die Berichterstattung der Medien allerdings konzentriert sich ziemlich eindeutig auf militärische Aspekte der Sicherheitspolitik, zivile Themenbereiche werden eher außen vorgelassen (Medienresonanz-Analyse: 41).

<sup>13</sup> Eigene Umfrage.

Abb. 9<sup>14</sup>

## Themen-Analyse

Welche Themenaspekte werden medial zur Europäischen Sicherheitspolitik vermittelt? (taxatives Ranking der Hauptkategorien)



<sup>14</sup> Medienresonanz-Analyse: 41.

Abb. 10<sup>15</sup>

Terrain/Fieldwork : 09/2005									Terrain/Fieldwork : 09/2005								
QB2.2 I will read out a list of potential risks. For each of them please tell me how likely you think they are to happen to you personally.									QB2.1 I will read out a list of potential risks. For each of them please tell me how likely you think they are to happen to you personally.								
Being the victim of terrorism									Being the victim of a crime								
	TOTAL	Very likely	Fairly likely	Not very likely	Not at all likely	DK	Likely	Not likely		TOTAL	Very likely	Fairly likely	Not very likely	Not at all likely	DK	Likely	Not likely
EU25	24642	3%	17%	45%	30%	5%	20%	75%	EU25	24642	6%	25%	43%	21%	5%	31%	63%
BE	1047	3%	19%	44%	34%	0%	22%	78%	BE	1047	5%	23%	48%	25%	0%	27%	73%
CZ	1011	4%	17%	42%	34%	3%	21%	76%	CZ	1011	10%	30%	42%	14%	5%	40%	55%
DK	1011	3%	18%	54%	24%	1%	21%	78%	DK	1011	5%	27%	56%	11%	1%	32%	67%
D-W	1018	2%	8%	51%	37%	2%	10%	88%	D-W	1018	3%	14%	55%	24%	4%	17%	79%
DE	1528	2%	8%	50%	38%	2%	10%	88%	DE	1528	3%	14%	55%	24%	4%	17%	79%
D-E	510	2%	9%	47%	40%	3%	10%	87%	D-E	510	3%	15%	56%	23%	3%	18%	79%
EE	1009	3%	13%	50%	30%	3%	16%	81%	EE	1009	7%	40%	42%	8%	3%	47%	50%
EL	1000	4%	15%	31%	48%	2%	19%	79%	EL	1000	10%	29%	32%	28%	1%	39%	59%
ES	1016	3%	16%	46%	22%	13%	19%	68%	ES	1016	5%	30%	41%	12%	12%	35%	53%
FR	1014	4%	23%	44%	25%	4%	27%	69%	FR	1014	3%	20%	45%	27%	4%	23%	72%
IE	1000	3%	9%	35%	41%	12%	12%	76%	IE	1000	10%	34%	30%	14%	12%	44%	44%
IT	1000	7%	27%	33%	26%	8%	33%	59%	IT	1000	5%	15%	28%	44%	8%	20%	72%
CY	502	4%	12%	23%	57%	4%	16%	80%	CY	502	5%	22%	27%	43%	3%	27%	70%
LV	1049	8%	25%	38%	26%	2%	33%	65%	LV	1049	15%	42%	31%	10%	2%	57%	40%
LT	1002	8%	25%	36%	25%	5%	33%	62%	LT	1002	27%	42%	20%	7%	4%	68%	27%
LU	500	2%	16%	49%	31%	1%	18%	81%	LU	500	4%	25%	48%	22%	1%	29%	70%
HU	1012	2%	6%	41%	48%	4%	7%	89%	HU	1012	3%	16%	51%	26%	4%	19%	77%
MT	500	3%	28%	28%	33%	7%	32%	61%	MT	500	9%	50%	17%	18%	6%	59%	35%
NL	1000	2%	12%	59%	25%	2%	14%	84%	NL	1000	4%	24%	58%	12%	2%	28%	70%
AT	1012	1%	8%	45%	36%	10%	9%	81%	AT	1012	1%	13%	54%	19%	13%	14%	73%
PL	999	2%	20%	47%	25%	5%	23%	72%	PL	999	12%	39%	34%	10%	6%	50%	44%
PT	1000	3%	22%	34%	35%	6%	25%	69%	PT	1000	6%	33%	32%	22%	6%	40%	54%
SI	1037	1%	11%	42%	43%	3%	12%	85%	SI	1037	3%	16%	49%	29%	3%	19%	78%
SK	1056	2%	17%	42%	33%	6%	19%	75%	SK	1056	7%	26%	44%	18%	6%	32%	61%
FI	1003	1%	4%	51%	43%	0%	5%	95%	FI	1003	2%	20%	66%	12%	0%	22%	78%
SE	1000	1%	6%	49%	42%	1%	7%	92%	SE	1000	4%	20%	64%	12%	1%	24%	75%
UK	1334	4%	15%	51%	26%	4%	19%	77%	UK	1334	13%	41%	37%	6%	3%	54%	43%

Österreicher reagieren kurzfristig auf Ereignisse, bleiben aber längerfristig von Aspekten der Sicherheit eher unbeeindruckt und fühlen sich sehr sicher, wie die Auswertung des Spezial-Eurobarometer 238 (2006) zum Thema „Risk Issues“ deutlich macht (Abb. 10): 81 Prozent (EU-Durchschnitt 75 %) bzw. 73 Prozent (EU-Durchschnitt 63 %) der befragten Österreicher sehen es als unwahrscheinlich, persönlich ein Opfer der Kriminalität oder des Terrorismus zu werden. Die umgekehrte Betrachtungsweise bestätigt das verhältnismäßig hohe Sicherheitsgefühl: lediglich 9 Prozent der Österreicher halten es für wahrscheinlich von terroristischen Anschlägen betroffen zu sein, während die durchschnittliche Einschätzung aller EU-Europäer bei 20 Prozent liegt. Gemeinsam mit Finnland, Schweden und Ungarn ist Österreich, so erscheint es, aus Sicht seiner Einwohner eine Insel der Seligen. In der Risikowahrnehmung in Bezug auf Kriminalität nimmt Österreich mit nur 14 Prozent wahrscheinlicher persönlicher Involvement sogar den absoluten Spitzenplatz ein. Hier liegen die Wahrnehmungen der Finnen und Schweden wiederum über denen der Österreicher – vermutlich wegen ihrer Involvement in den Bereichen Rüstungsindustrie und Krisenmanagement (Eurobarometer Special 238: Risk Issues, Februar 2006). Die zurückhaltende Position Österreichs im internationalen Krisenmanagement lässt die Bevölkerung vermutlich in einer trügerischen Sicherheit wiegen, resultierend aus ihrer Unwissenheit (wie z.B. ein Vergleich mit Umfrage-Ergebnissen bei der schwedischen Bevölkerung vermuten lassen könnte). Da „ein gut

<sup>15</sup> Eurobarometer Special 238: Risk Issues (Februar 2006), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_238\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_238_en.pdf).

informiertes Risikobewusstsein“ auch „zur rationalen Vorsicht“ raten würde (Giller 1996: 459), erhärtet sich der Eindruck, dass vieles des hohen öffentlichen österreichischen Sicherheitsempfindens auf einem niedrigen Niveau des öffentlichen Sicherheitsbewusstseins basiert: Das heißt, die Österreicher fühlen sich vor allem deshalb besonders sicher, weil ihnen das reale Bedrohungspotential wenig bewusst ist. Dies lässt sich unseres Erachtens mitunter auf – im weiteren Verlauf dieses Berichts erläuterte – Lücken in der medialen Vermittlung zurückführen.

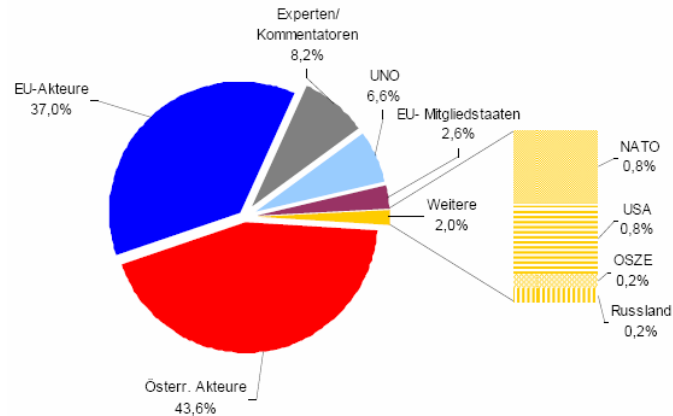
Dass jedoch die Europäer im Allgemeinen ebenfalls nicht sehr besorgt sind, was Sicherheit und Verteidigung anbelangt, ist ein Ergebnis zu dem auch Kernic, Callaghan und Manigart (2002: 108) kommen. Das kann die von uns durchgeführte Studierendenumfrage nur bestätigen. Viele der befragten Studierenden verbinden die Höhe des Sicherheitsempfindens mit der Wahrscheinlichkeit einer persönlichen Konfrontation mit einer konkreten Bedrohung bzw. den vorhandenen bzw. auch mit den nicht vorhandenen Erfahrungen mit solchen Gefahren. Basierend auf typischen Antworten wie „es gibt keine Bedrohung in Österreich, die mich persönlich betrifft“, „persönlich war ich noch nie Opfer eines Verbrechens“ oder „ich lebe auf dem Land“ lässt sich aus der von uns durchgeführten Studierendenumfrage schließen, dass jedenfalls bei der jüngeren besser gebildeten Bevölkerung die Einschätzung und das Empfinden von Sicherheit einem induktiven bottom-up-Modell folgt: es wird von der individuellen Sicherheit auf die Sicherheit des Landes geschlossen. An diese Erkenntnisse knüpft auch Ute Schulz (2002: 139-141) in ihren Ausführungen über die Einstellungsmuster der österreichischen Bevölkerung zu Fragen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) an. Durch die sehr hohe persönliche Sicherheit, u.a. resultierend aus der „unsichtbaren Armee Neutralität“, würde militärischen bzw. mit Gewalt verbundenen, die tatsächliche Sicherheit bedrohenden Gefahren weniger Beachtung geschenkt. In Folge passe die Wahrnehmung der Bevölkerung nicht mehr mit der sicherheitspolitischen Realität zusammen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass die Österreicher die Handlungen der EU in den Bereichen Terrorismusbekämpfung bzw. der organisierten Kriminalität als überhaupt nicht zufrieden stellend beurteilen. Rund 18 Prozent der befragten Österreicher (EU-weit nur 7 %) sind von der Performance der EU im Kampf gegen Terrorismus nicht beeindruckt und liegen damit an der Spitze der unzufriedenen Unionsbürger. Das gleiche Bild zeigt sich bei den Bemühungen der EU zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität oder zur Förderung

von Demokratie und Frieden in der Welt. Diese Inkongruenz zwischen Bedrohungswahrnehmung und erwünschtem Handlungsbedarf – Österreich gehört nicht zu jenen Ländern, die sich beispielsweise von Terrorismus sehr bedroht fühlen, ist aber dennoch mit den Aktionen der EU nicht zufrieden – verdeutlichen auch die Antworten auf die Frage, woran man bei den Worten „Europäische Union“ zuerst denkt. 7 Prozent der Österreicher, im Vergleich zu 1 Prozent im EU-weiten Durchschnitt, denken dabei an Korruption, Terrorismus, Drogenhandel und mehr Kriminalität. Ansonsten haben die Assoziationen der Österreicher in Bezug auf die EU einen sehr starken wirtschaftlichen Schwerpunkt – so verbinden beispielsweise 40 Prozent der Österreicher die Union mit dem Euro (der EU-Durchschnitt liegt hierbei nur bei 15 %), und 12 Prozent verbinden die EU mit gemeinsamem Markt, Handelsabkommen, Wirtschaft, Globalisierung, Unternehmensvorteile (zu 9 % EU-weit). Im Vergleich sehr negativ eingestellt erscheinen die österreichischen Befragten in Bezug auf Arbeitslosigkeit, Unternehmensaussiedelung u.Ä.: 13 Prozent der Österreicher (aber nur 3 % der EU-Bevölkerung insgesamt) sprechen der EU in diesen auch für human security im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffs relevanten Bereichen eine negative Rolle bzw. Wirkung zu (Eurobarometer Spezial 251: Die Zukunft Europas, Mai 2006).

## **2.2 Das Österreichische Bundesheer in der öffentlichen Wahrnehmung bzw. medialen Vermittlung**

Eine Analyse der medialen Präsenz nationaler bzw. internationaler Akteure (Abb. 11) zeigt, dass österreichische Akteure mit 44,6 Prozent die Diskussion zur Europäischen Sicherheitspolitik noch vor EU-Akteuren (37 %) relativ eindeutig beherrschen. Mitgliedstaaten und andere Organisationen wie UNO, NATO und OSZE wirken kaum bzw. gar nicht auf die Diskussion ein. Betrachtet man die Medien als Informationsvermittler, kann daraus geschlossen werden, dass Informationen aus eher einseitiger, österreichischer Sicht betrachtet und weitergegeben werden. Es sind hier zwar keine Vergleiche zu anderen EU-Staaten vorhanden, dennoch kann man hier getrost von einem national geprägten Tunnelblick der Berichterstattung sprechen (Medienresonanz-Analyse: 9).

Abb. 11<sup>16</sup>

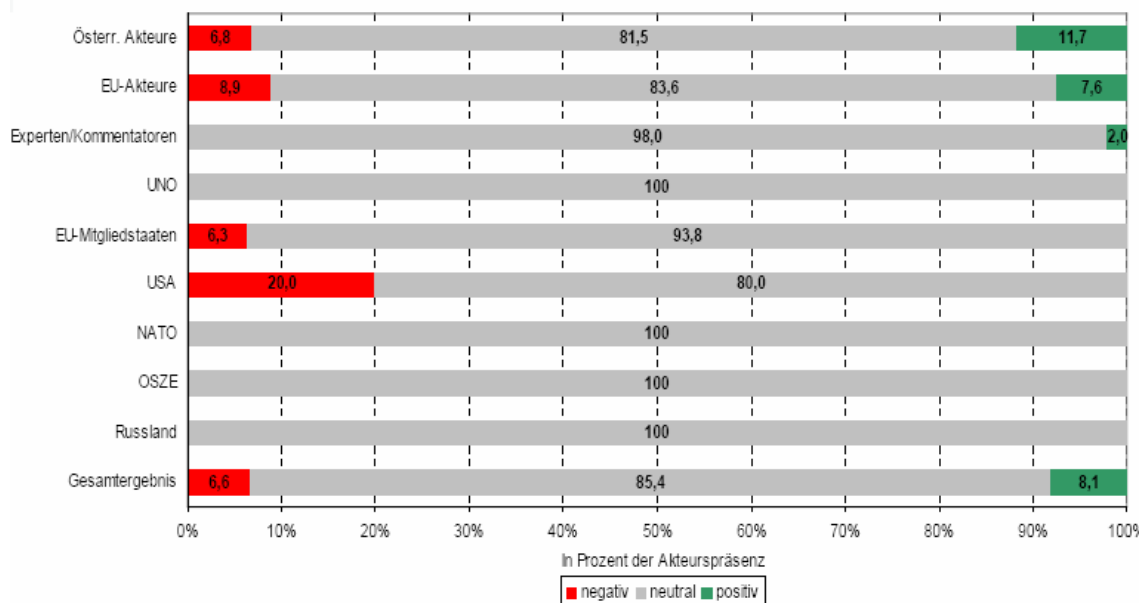
Betrachtet man die Präsenz der einzelnen, medialen Akteure genauer, so sind es auf nationaler Seite insbesondere das „Bundesheer“ und bei den Einzelpersonen „Verteidigungsminister Günther Platter“. Auf EU-Ebene ist es zunächst die „Europäische Union“ selbst, die am häufigsten in den Medien thematisiert wird – sogar deutlich öfter als das ÖBH. Die „EU-Verteidigungsminister“ liegen im Ranking an zweiter Stelle, nehmen jedoch nur ein Siebtel der Präsenz der Union ein. „Mr. GASP“, Javier Solana hat von den EU-Einzelpersonen die größte mediale Präsenz und liegt eindeutig vor „Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner“, die – wenngleich als ehemalige österreichische Außenministerin ein eindeutig österreichischer Bezug bestünde – kaum nennenswert in den Medien behandelt wird (Medienresonanz-Analyse: 10). Auffallend sind dabei die überwiegend neutralen Beiträge in der medialen Diskussion – rund 85,4 Prozent aller untersuchten Nennungen äußerten sich neutral gegenüber den Akteuren in der Europäischen Sicherheitspolitik – ansonsten vermitteln die Medien ein tendenziell eher positiveres Bild (mit 8,1 % zu 6,6 % negativen Wertungen) (Medienresonanz-Analyse: 21).

<sup>16</sup> Medienresonanz-Analyse: 9.

Abb. 12<sup>17</sup>

## Image-Analyse

Wie werden die relevanten Akteurs-Gruppen medial vermittelt?



Eine genauere Betrachtung der Imagevermittlung (Abb. 12) zeigt, dass insbesondere österreichische Akteure positiver vermittelt werden (mit 11,7 % am positivsten von allen Akteuren), wobei sich meisten Nennungen auf das Bundesheer beziehen. Unter positive Wertungen fallen unter anderem „Bundesheerreform“ – hier insbesondere die Debatte über internationale Einsätze – „Auslandseinsätze“ des ÖBH. Die mediale Kritik an der mangelnden Bereitschaft des ÖBH zur Truppenentsendung in die Demokratische Republik Kongo charakterisiert die Medien als Befürworter internationalen ÖBH-Engagements und illustriert die offenbare Sichtweise der Medien, dass die Neutralität kein grundsätzliches Hindernis für Auslandseinsätze darstellt (Medienresonanz-Analyse: 23). Mit 20 Prozent (und keinen positiven Bewertungen) werden die meisten Bewertungen dem Akteur „USA“ zugeschrieben. Auffallend neutral (100 %) werden andere Akteure wie „UNO“, „NATO“ oder „OSZE“ vermittelt (Medienresonanz-Analyse: 22).

Die Befragten unserer Studierenden- und Elitenumfrage sehen das ÖBH in einem weniger positiven Sinn. Zwar halten insgesamt 70,2 Prozent das Bundesheer für „sehr wichtig“, „wichtig“ bzw. „eher wichtig“, doch die subjektive Beurteilung von Ausbildungsniveau und technologische Ausstattung fallen eher skeptisch aus. Ersteres schätzen zwar die meisten als

<sup>17</sup> Medienresonanz-Analyse: 21.



„eher gut“ ein (49,9 %), aber beinahe gleich viele als „absolut schlecht“ (40,9 %). Die technologische Ausstattung wird von einer dominierenden Mehrheit – nämlich 57,4 Prozent der Befragten – als veraltet empfunden (Abb. 13 und 14).

Abb. 13<sup>18</sup>

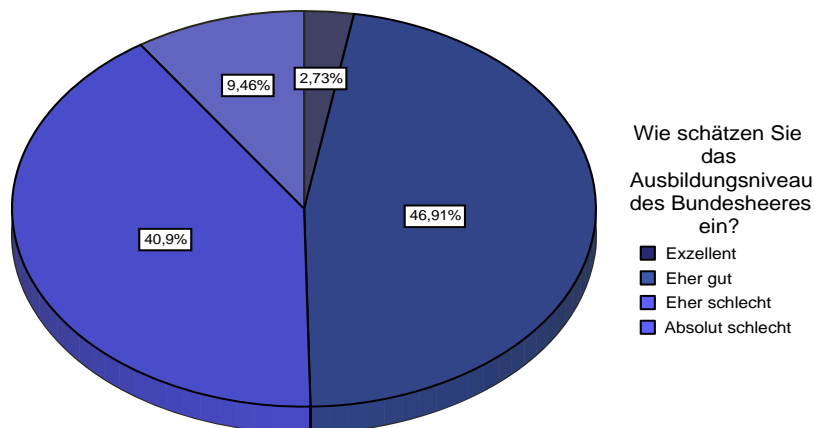
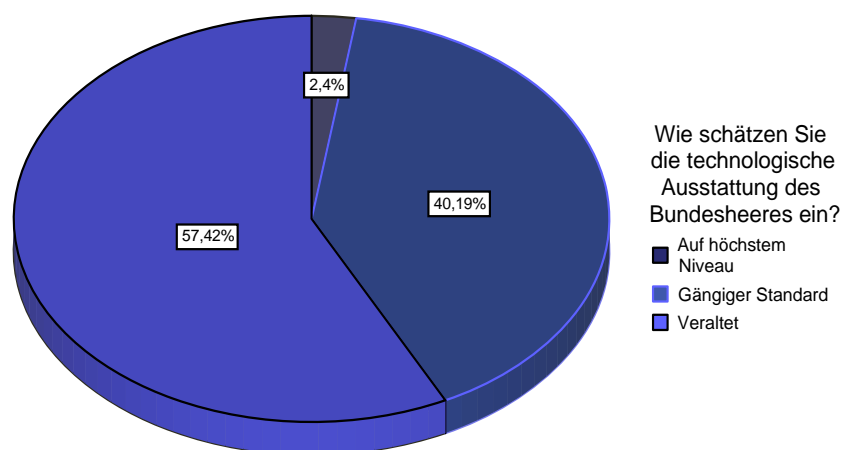


Abb. 14<sup>19</sup>



Ein Ranking der prozentuellen Verteilung der einzelnen Themenbereiche in den relevanten Beiträgen zeigt eine auffallend häufige und tendenziell positive mediale Thematisierung von EU- und ÖBH-Einsätzen im Ausland. Insbesondere auch Peace Support Operations allgemein werden von den Medien vorherrschend positiv besetzt.

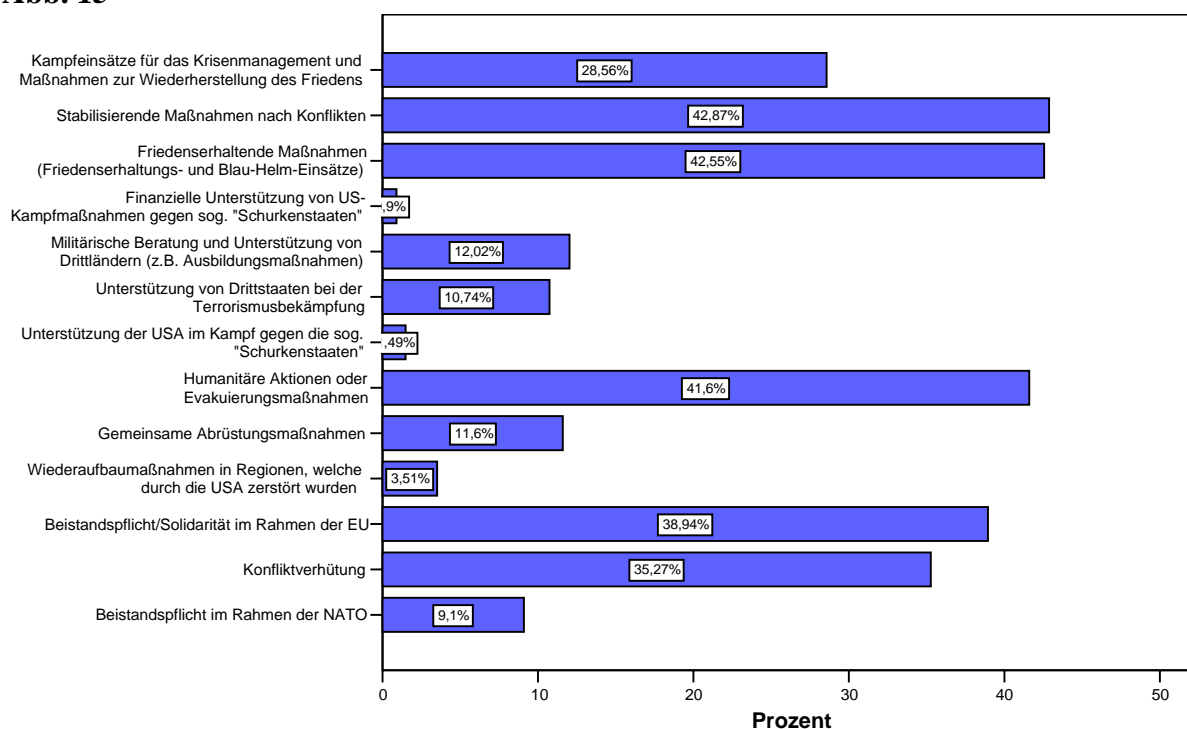
Die Petersberg-Aufgaben, welche den Kern der militärischen Dimension des Krisenmanagement der EU und damit auch des ÖBH bilden, werden von den Medien hingegen so gut wie gar nicht thematisiert. Insofern ist ein Informationsdefizit der Bevölkerung wenig verwunderlich (Medienresonanz-Analyse: 42). In diese Richtung gehen auch die Ergebnisse

<sup>18</sup> Eigene Umfrage.

<sup>19</sup> Eigene Umfrage.

unserer Studierenden-Umfrage (Abb. 15): Rund 64 Prozent der Befragten hatten noch nie etwas von den „erweiterten Petersberg-Aufgaben“ gehört und waren auch außerstande, korrekte Aufgabenfelder zuzuordnen. Das mag zum einen daran liegen, dass der Unterschied zwischen den klassischen Petersberg-Aufgaben von 1992 bzw. 1997 (nach Aufnahme in die ESVP-Agenden durch den Vertrag von Amsterdam) und den erweiterten Petersberg-Aufgaben laut Verfassungsvertragsentwurf nicht klar ist, und zum anderen daran, dass die Petersberg-Aufgaben überhaupt nicht bekannt sind.

**Abb. 15**<sup>20</sup>



**Welche der folgenden Aufgaben sind Ihrer Meinung nach Teil dieser Petersberg-Aufgaben?**

Das mangelnde Wissen über die militärischen Aufgaben der EU wird auch bei der Frage nach dem Grad der Verpflichtung deutlich, die Österreich in Verbindung mit der Erfüllung der Petersberg-Aufgaben eingegangen ist. Überwältigende 68 Prozent der Befragten sind der Ansicht, Österreich sei (auch rechtlich) dazu verpflichtet, seinen Beitrag zur Erfüllung der Petersberg-Aufgaben zu leisten (Eigene Umfrage). Dies ist aber nicht der Fall, da die GASP und ihre ESVP zwar eine Solidaritätsklausel beinhalten, aber unter dem Vorbehalt nationaler Entscheidungen stehen.

<sup>20</sup> Eigene Umfrage.

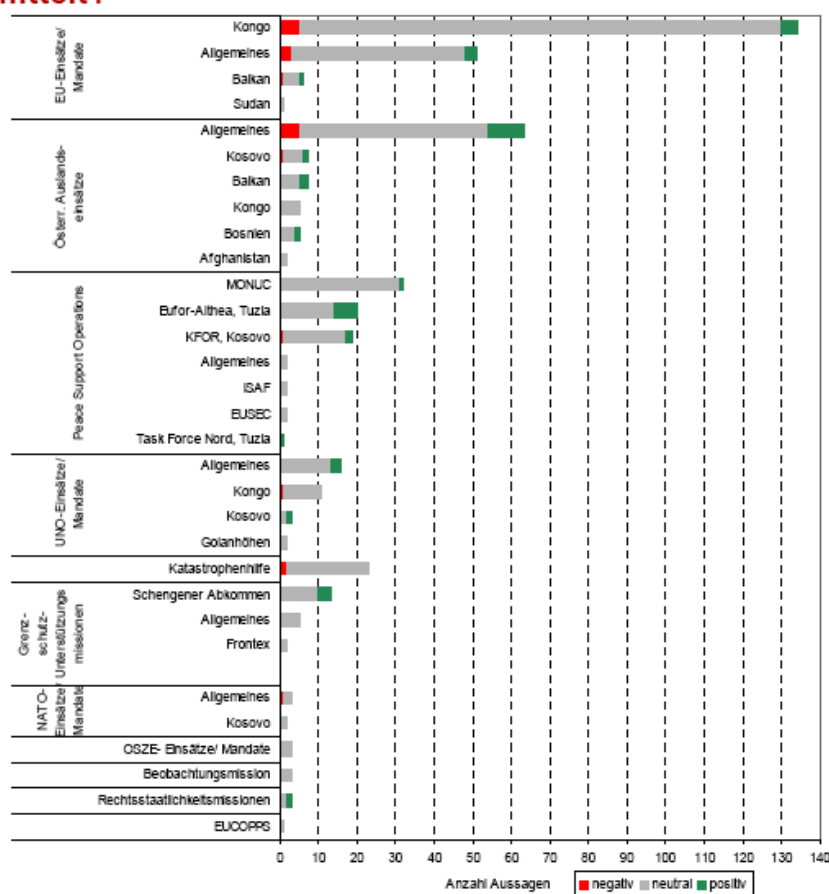
### **2.3 Peace Support Operations, Österreichisches Bundesheer und Medien**

Das Österreichische Bundesheer im Allgemeinen wird überwiegend in Zusammenhang mit Einsätzen thematisiert, wobei besonders die Peace Support Operation im Kosovo und der EU-Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo hervorzuheben sind (Medienresonanz-Analyse: 50). Im Bereich der Einsätze im Speziellen wird vor allem das Einsatzgebiet „Kongo“ von den Medien sehr stark behandelt, sämtliche anderen Operationen werden vergleichsweise kaum thematisiert – darunter auch NATO- und UN-Einsätze. Auslandseinsätze des ÖBH vermitteln die Medien auf einer sehr allgemeinen Ebene – konkrete Missionen werden selten angesprochen (Abb. 16). Am wenigsten wird der ÖBH-Einsatz in Afghanistan kommuniziert. Dies kann damit zusammenhängen, dass Österreich hier nur eine symbolische Beteiligung unterhält, wenngleich sich auf atlantischer Ebene in Bezug auf Sicherheitsbedrohungen (v.a. „Terrorismus“) gerade hier der Fokus befindet (Medienresonanz-Analyse: 48). Wenn entsprechende Berichterstattungen vorkommen, sind sie auffallend neutral gehalten.

Abb. 16<sup>21</sup>

# Themen-Analyse

Welche spezifischen Aspekte werden medial zu den Einsätze vermittelt?



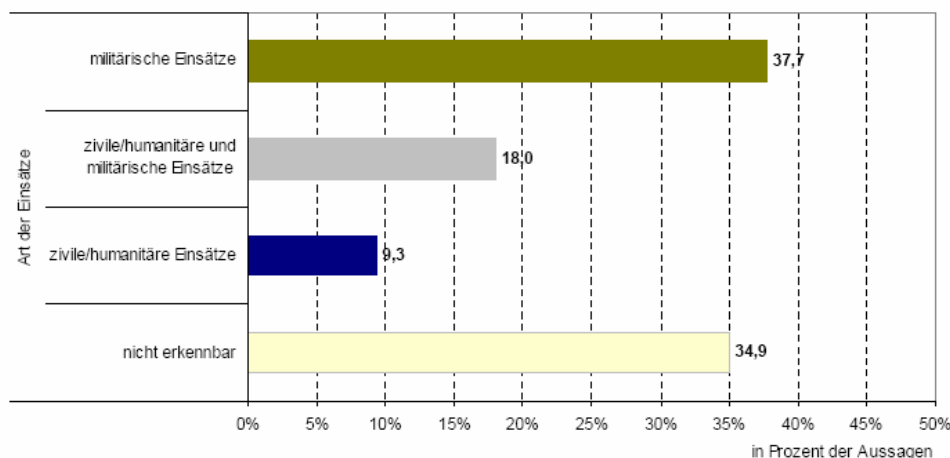
Die positiven Auswirkungen der Auslandseinsätze auf das Image des ÖBH bzw. die Beeinflussung resultierend aus der positiven Berichterstattung über Missionen auf dem Balkan sind hingegen klar und häufig festzustellen. Aufgrund der geographischen Nähe erscheint den Österreichern die Sicherheit dieser Region sehr wichtig, wenngleich die „Sicherheitsfrage Balkan“ insgesamt eigentlich als geklärt gilt. In Zusammenhang mit dem Akteur „Österreich“ liegt der Schwerpunkt der Medien ebenfalls eindeutig auf den EU-Einsätzen – dominierendes Thema ist abermals die Demokratische Republik Kongo (Medienresonanz-Analyse: 51).

<sup>21</sup> Medienresonanz-Analyse: 48.

Abb. 17<sup>22</sup>

## Framing-Analyse

### Zivil/humanitärer Einsatz oder Militärischer Einsatz?

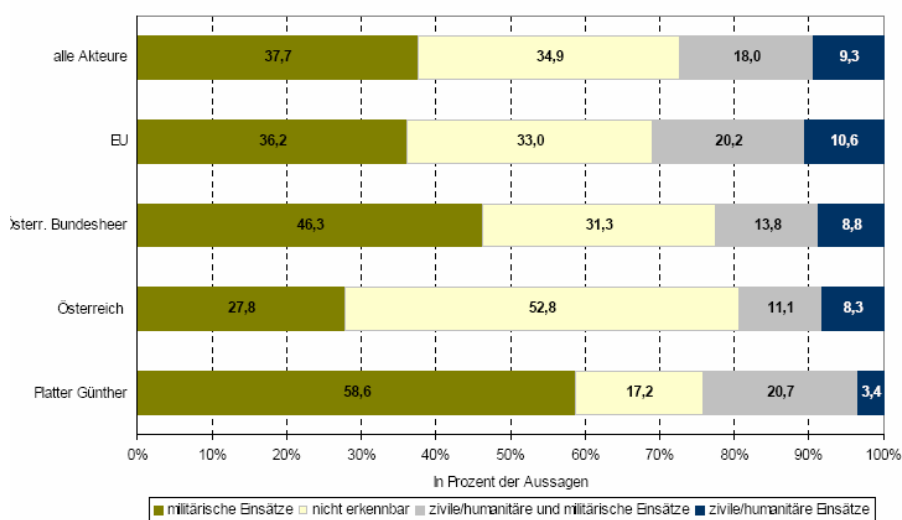


Die Medienberichterstattung konzentriert sich im Allgemeinen auf militärische Einsätze – sie nehmen mit 37,7 Prozent rund ein Drittel der Nennungen ein, während zivile beziehungsweise humanitäre Missionen lediglich 10 Prozent ausmachen. Hervorzuheben sind auch jene 34 Prozent der Mediaussagen, denen nicht zu entnehmen ist, um welche Art von Operation es sich handelt. Insofern ist hier also ein Informationsdefizit bei den Medien zu verzeichnen, welches unter Umständen ein falsches Bild vermitteln kann (Abb. 17, Medienresonanz-Analyse: 54).

Abb. 18<sup>23</sup>

## Framing-Analyse

### Zivil/humanitärer Einsatz oder Militärischer Einsatz?



<sup>22</sup> Medienresonanz-Analyse: 54.

<sup>23</sup> Medienresonanz-Analyse: 55.

Eine Analyse der prozentuellen Verteilung der Aussagen über die Art der Einsätze der jeweiligen Akteure im Vergleich zeigt, dass vor allem in Verbindung mit dem Akteur „Österreich“ nicht erkennbar ist, ob es sich um zivile oder militärische Operationen handelt. (Abb. 18). Die Medien halten sich mit diesen nicht unerheblichen Detailinformationen auffällig zurück und vermitteln der Bevölkerung dadurch kein grundlegendes und umfassendes Basiswissen (Medienresonanz-Analyse: 55).

**Abb. 19** Wann soll sich ÖBH an Einsätzen im Rahmen der Petersberg-Aufgaben beteiligen?<sup>24</sup>

Unterstützung von Drittstaaten bei der Terrorismusbekämpfung		38,5 %		53,9 %		7,6 %	
Kampfeinsätze für das Krisenmanagement und Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens		42,4 %		46,6 %		11,0 %	
Friedenserhaltende Maßnahmen		2,9 %	Unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. UN-Mandat)	48,1 %		49,0 %	
Beratung und Unterstützung von Drittländern		37,9 %		50,9 %		11,3 %	
Stabilisierende Maßnahmen nach Konflikten		4,9 %		63,2 %		31,9 %	
Humanitäre Aktionen oder Evakuierungsmaßnahmen		2,4 %		23,3 %		74,3 %	
Gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen		11,5 %		38,0 %		50,4 %	
Beistandspflicht/Solidarität im Rahmen der EU		11,6 %		59,7 %		28,7 %	
Konfliktverhütung		9,1 %		56,7 %		34,2 %	
Beistandspflicht im Rahmen der NATO	Nie	46,0 %			54,3 %	immer	2,8 %

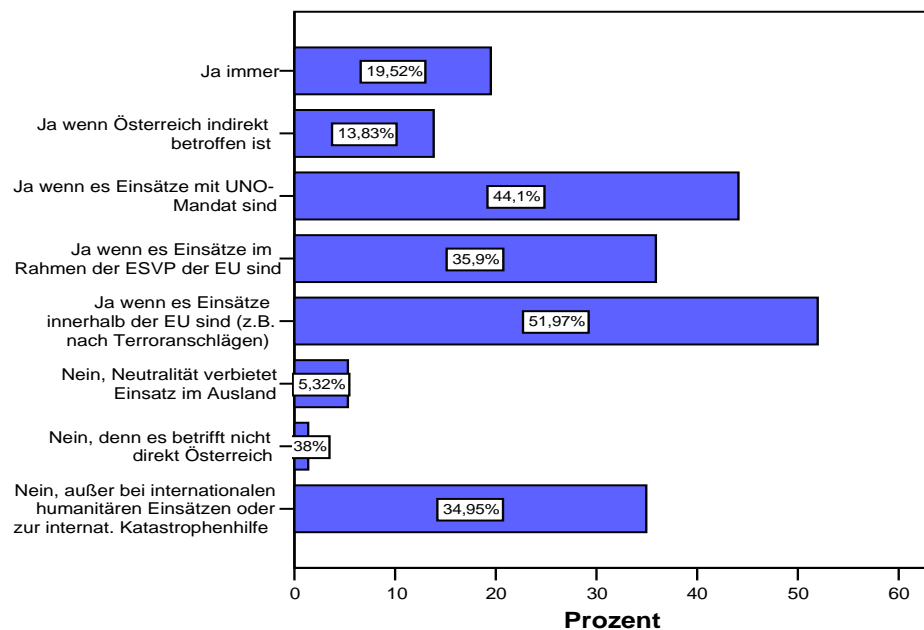
Die Befragten der Studierendenumfrage beriefen sich in Bezug auf (mögliche) Einsätze des Österreichischen Bundesheers tendenziell eher auf bestimmte Bedingungen, unter welchen eine Operation durchgeführt werden soll, wie beispielsweise das Vorhandensein eines UN-Mandats. Humanitäre Aktionen oder Evakuierungsmaßnahmen (74,2 %), gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen (50,4 %) und friedenserhaltende Maßnahmen (49,0 %) allerdings könnten im Sinne der Unterstützungsbereitschaft der Befragten immer ohne Vorbehalt durchgeführt werden, was eine überraschende Aussage ist. Immerhin schließen Peacekeeping-Operationen der neuen Generation die Anwendung von militärischer Gewalt nicht aus. Die am stärksten ablehnende Haltung nehmen die Befragten gegenüber Kampfeinsätzen zum Krisenmanagement und gegenüber Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens (42,4 %),

<sup>24</sup> Eigene Umfrage.

der Unterstützung von Drittstaaten bei der Terrorismusbekämpfung (38 %) und der Beratung und Unterstützung von Drittländern ein (37,8 %), wobei die überwiegende Mehrheit solchen Einsätzen unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. Vorliegen eines UN-Mandates) dennoch zustimmen würde. Als interessantes Detail sind noch die Meinungen zu Einsätzen im Rahmen der NATO-Beistandspflicht zu erwähnen, denen – obwohl Österreich in keiner Beziehung zu den Artikel-5-Bestimmungen steht – ganze 54 Prozent der Befragten unter gewissen Umständen zustimmen würden (Abb. 19).

Insgesamt nach ihrer Unterstützung für Auslandseinsätze des ÖBH gefragt (Abb. 20), finden bei den Befragten der Studierendenumfrage am ehesten Operationen innerhalb der EU (51,9 %) – zum Beispiel im Falle von Naturkatastrophen oder eines terroristischen Angriffs –, gefolgt von Einsätzen unter UN-Mandat (44,1 %) Zustimmung. An dieser Stelle ist auf das Ergebnis der Medienanalyse hinzuweisen, die wie oben bereits ausgeführt zu dem Ergebnis kommt, dass (Auslands-)Einsätze an sich nur marginal in die Berichterstattung aufgenommen werden. Dennoch sind bei den Befragten die UNO und ihre Mandatsvergabepraxis offenbar präsent und verhältnismäßig positiv besetzt.

**Abb. 20**<sup>25</sup>



**Unterstützen Sie den Einsatz österreichischer Soldaten außerhalb Österreichs?**

<sup>25</sup> Eigene Umfrage.

Abb. 21<sup>26</sup>

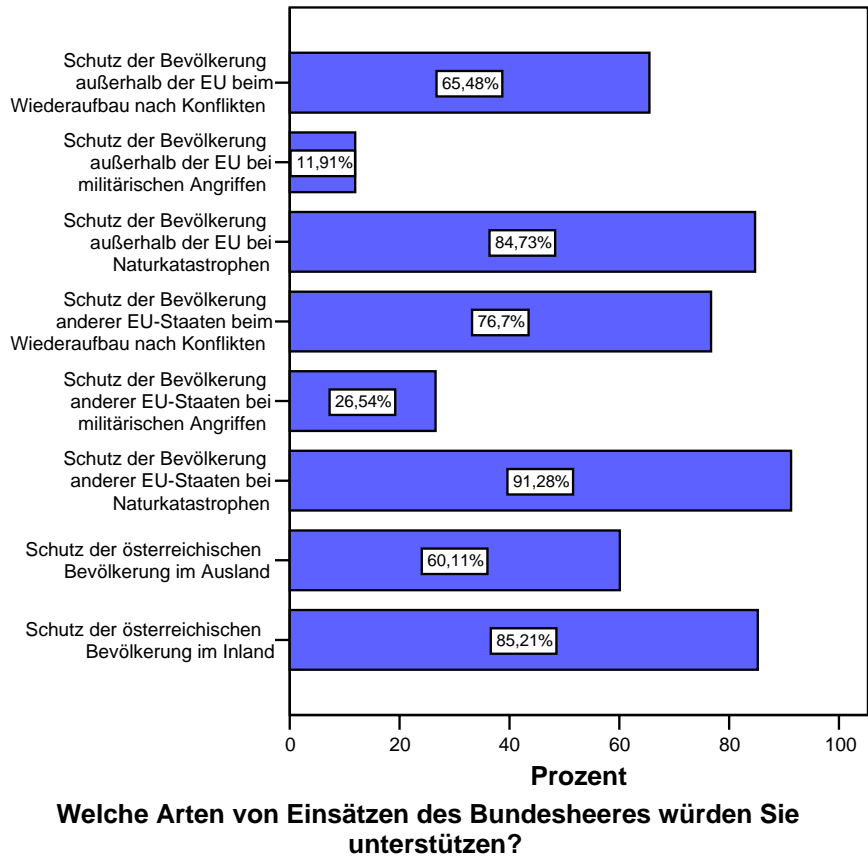
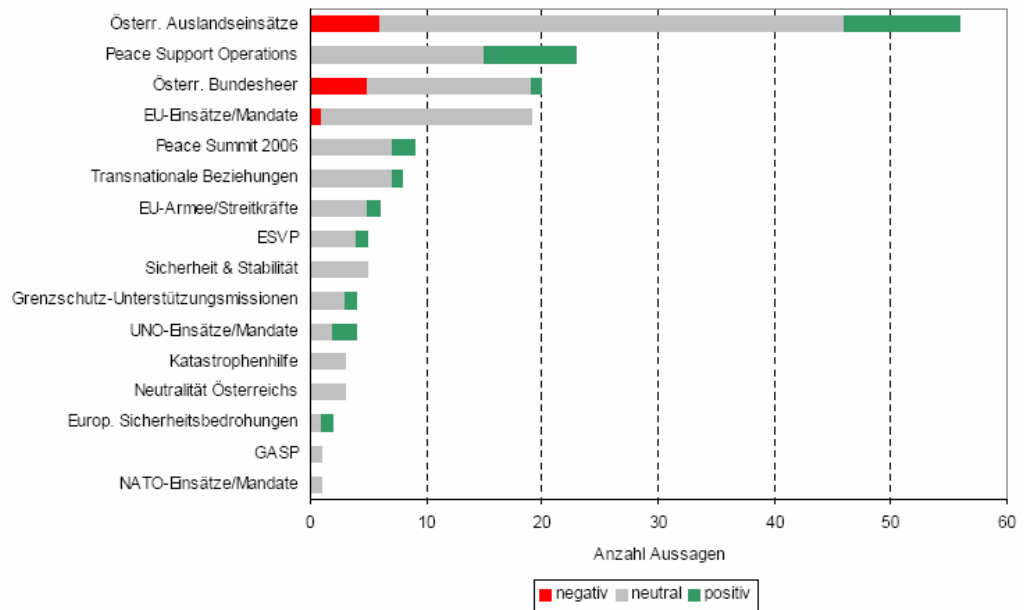


Abb. 22<sup>27</sup>

## Themen-Analyse

Welche Themenaspekte werden im Kontext des Österreichischen Bundesheeres medial vermittelt?



<sup>26</sup> Eigene Umfrage.

<sup>27</sup> Medienresonanz-Analyse: 45.

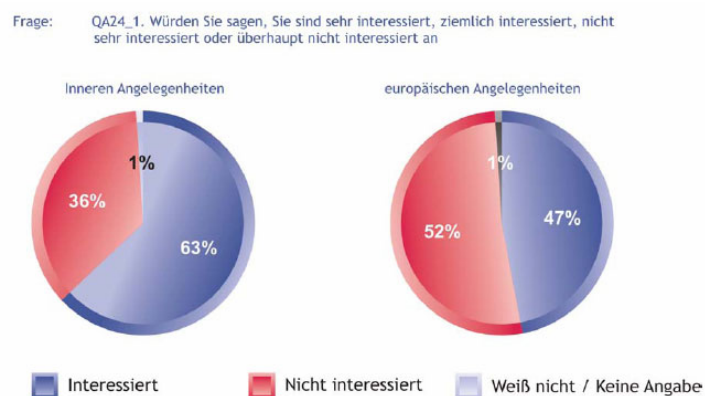


Die Unterstützung von ÖBH-Einsätzen im Speziellen (Abb. 21) konzentriert sich unserer Umfrage zufolge besonders auf den Bereich „Schutz bei Naturkatastrophen“ bzw. „Schutz der österreichischen Bevölkerung“, wengleich beide Themenaspekte von den Medien keine sonderlich große Aufmerksamkeit finden. Ganz im Gegenteil – die Analyse der im Rahmen des ÖBH und auch des Akteurs „Österreich“ vermittelten Themen zeigt, dass der Bereich „Katastrophenschutz“ von der Häufigkeit der Nennungen her im letzten Drittel anzusiedeln ist (Abb. 22). Diese Divergenz zwischen der medialen Thematisierung und dem Bevölkerungsempfinden mag mit dem Ausbleiben größerer Naturkatastrophen in Österreich während des Untersuchungszeitraumes zusammenhängen. Wengleich von den Medien nicht behandelt, bleiben diese Einsätze des ÖBH dennoch im Gedächtnis der Österreicher (Medienresonanz-Analyse: 45f.).

## 2.4 Bedarf an politikwissenschaftlich begründeter Aufklärung

Eine Meinung bezieht sich stets auf ein bestimmtes Ereignis, wobei es zwei Möglichkeiten gibt, wie es zu einer Meinungsbildung kommt: entweder durch eine direkte Involvierung der betreffenden Person oder indirekt durch die Vermittlung von Informationen (was in unserem Fall interessant ist). In beiden Fällen spielt natürlich die individuelle und persönliche Beziehung zu dem Ereignis eine entscheidende, wohl aber kaum seriös ermittelbare Rolle und muss in dieser Analyse eine unbestimmte Variable bleiben. Der Informationstransfer kann nun entweder über den Absender (Politiker und Medien) und/oder den Empfänger (Bevölkerung) beeinflusst werden, auf Empfängerseite neben den Zugangsmöglichkeiten auch durch das persönliche Interesse, sich zu informieren. Um also einen möglichen Aufklärungsbedarf zu ermitteln bzw. um diesem gerecht zu werden, ist es zunächst erforderlich, das Erkenntnisinteresse der Bevölkerung zu hinterfragen.

**Abb. 23**<sup>28</sup>



<sup>28</sup> Eurobarometer 251 (Mai 2006), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_251\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_251_de.pdf).

Wie die Auswertung des Eurobarometer Spezial 251 „Die Zukunft Europas“ vom Frühjahr 2006 zeigt (Abb. 23), besteht lediglich ein „mäßiges Interesse“ der europäischen Bevölkerung gegenüber europäischen Belangen – rund 52 Prozent gaben an, sich nicht für europäische Angelegenheiten zu interessieren, und 47 Prozent bezeichneten sich als sehr interessiert. Die Österreicher im Speziellen halten sich mit 44 Prozent Uninteressierten im Vergleich zu Ausreißern wie Spanien oder Portugal mit 72 Prozent noch eher im mittleren Bereich. Mit 55 Prozent interessierten Landsleuten kann Österreich jedenfalls als „interessierte Nation“ bezeichnet werden. Absoluter Spitzenreiter in der Interessensbewertung ist Griechenland mit 75 Prozent Interessierten (Eurobarometer 251, Mai 2006).

Eine detaillierte Analyse der aktuellen europaweiten Eurobarometer-Umfrage lässt eindeutig einen Zusammenhang zwischen Bildung und Interesse, also zwischen (Vor-)Informationsgrad und Interesse erkennen – höhere Ausbildung, höheres Interesse: So liegt das Interesse an europäischen Angelegenheiten von Managern mit 65 Prozent merklich über dem von Handwerkern, von denen nur 40 Prozent angeben, interessiert zu sein. Zudem kann festgestellt werden, dass Personen mit höherer Bildung die EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes eher positiv bewerten – 63 Prozent bzw. 67 Prozent der Manager und Studenten im Vergleich zu den 44 Prozent der Handwerker (Eurobarometer 251, Mai 2006). Das lässt den Schluss zu, dass ein höherer Bildungsgrad und damit ein besserer Wissenstand bzw. Zugang zu Informationen nicht nur das Interesse für die Europäische Union fördert, sondern auch die Bewertung und Sichtweise der EU positiv beeinflusst: Mehr Informationen erlauben ein besseres Abwägen von Informationen und die ausgewogene Konstruktion einer eigenen Meinungshaltung. Ein geringer Informationsstand könnte demgegenüber eher zu extremen Einstellungen führen – man fühlt sich zum Beispiel „sehr sicher“ bzw. man sieht etwas „sehr negativ“.

Tatsächlich haben Österreicher, laut unserer eigenen Umfrage, das deutliche Gefühl, zu wenig informiert zu werden. In Folge erscheint es nicht erstaunlich, dass es auch einen erheblichen Wissensmangel zu verzeichnen gibt. So ist über den derzeitigen Status der ESVP noch nicht einmal zu den Studierenden Wesentliches durchgedrungen – die meisten haben die letzten sieben bis acht Jahre der sicherheitspolitischen Integration Europas nicht wahrgenommen und glauben, die ESVP sei nichts Operatives, sondern ein immer noch in einer Entwicklungs- und Planungsphase stehendes Zukunftsprojekt. Zugleich gehen die meisten Befragten wie gesagt unzutreffenderweise von einer unbedingten österreichischen Verpflichtung zur Teilnahme an

ESVP-Operationen aus. Darüber hinaus ist den wenigsten bekannt, welche Aufgaben die EU im Rahmen der ESVP überhaupt umsetzt; denn von den Petersberg-Aufgaben gibt kaum jemand an, je etwas gehört zu haben – und wenn ja, kann er/sie ihnen kein konkretes Aufgabenspektrum zuordnen.

Nicht unverantwortlich für dieses Informationsdefizit sind offensichtlich die Medien, von denen die Petersberg-Aufgaben kaum thematisiert werden. Zwar werden ESVP und GASP vergleichsmäßig häufig medial behandelt, doch konzentriert sich die Berichterstattung vornehmlich auf Auslandseinsätze des ÖBH im Rahmen der EU – offensichtlich ohne eine Verbindung zu den Petersberg-Aufgaben zu schlagen. Zugleich liegt der Schwerpunkt des ÖBH und der medialen Berichterstattung auf Einsatzgebieten, die eigentlich von geringerer sicherheitspolitischer Relevanz sind (wie z.B. Kosovo). Brisante mögliche Sicherheitsbedrohungen wie etwa die Nuklearkontroverse mit dem Iran, das Thema Massenvernichtungswaffen oder Terrorismus werden größtenteils ausgespart oder allenfalls marginal gestreift. Die Medien fokussieren auch deutlich militärische Einsätze – dass es im Rahmen der derzeitigen ESVP in der Mehrzahl um zivile oder zivil-militärische Einsätze geht, dürfte demnach kaum öffentlich bekannt sein. In der Folge dieses Informiertheitsniveaus schließen die Österreicher von ihrem Sicherheitsempfinden in ihrer privaten Umgebung ziemlich direkt auf die allgemeine Sicherheit Österreichs oder Europas, was äußerst trügerisch sein kann. Der resultierende fehlende sicherheitspolitische Bevölkerungsweltblick führt dazu, dass die neue Bedrohungen wie Terrorismus oder Massenvernichtungswaffen nicht nur aufgrund der behüteten Lage des Landes weit unter dem europäischen Durchschnitt als realistisch oder relevant wahrgenommen werden, während die Angst vor Reaktorunfällen immer noch dominiert, wenngleich es nach Tschernobyl keinen vergleichbaren Unfall in der näheren oder weiteren Umgebung Österreichs gegeben hat.

Interessanterweise wünschen sich die Österreicher allerdings ein verstärktes EU-Engagement in der Bekämpfung des Terrorismus und anderen Sicherheitsbedrohungen, obwohl sie die Leistung der EU auf diesem Feld weit negativer beurteilen als der EU-Durchschnitt. Auch die USA werden in Österreich sehr negativ wahrgenommen – wenngleich Österreich von den atlantischen Diskussionen über die NATO und die EU nicht direkt betroffen ist und auch nicht in Einsätze der US-Streitkräfte oder deren Folgen so involviert ist wie andere EU-Staaten.

Es müssen diverse Ungereimtheiten im Meinungsbild bilanziert werden: Österreich fühlt sich nicht bedroht, fordert jedoch erhebliche Verbesserungen der EU in der Handhabung von Bedrohungen; es gibt allgemein eine positive Grundstimmung gegenüber der ESVP, dennoch ist wenig über sie bekannt, usw. Dies entspricht im Grunde den Ergebnissen von Kernic, Callaghan und Manigart (2002: 98), die feststellen, dass in Europa generell einen Mangel an Wissen und Interesse in Bezug auf Themenbereiche wie GASP oder EVSP vorherrscht. Allerdings beschränkt sich dies nicht auf die Bevölkerung, Informationsdefizite sind auch aufseiten der Medien zu finden, wo nur einige spezialisierte Journalisten ausreichend informiert sind, um angemessen zu berichten und zu kommentieren (Kernic/Callahan/Manigart 2002: 12f.). Inkongruente Ergebnisse und Antworten in öffentlichen Umfragen zur Sicherheitspolitik sind daher wenig überraschend und unterstreichen den öffentlichen Aufklärungsbeitrag, den transferorientierte politikwissenschaftliche Forschung hier leisten kann.

## **2.5 Status der öffentlichen Wahrnehmung relevanter Aspekte der Europäischen Sicherheitspolitik in Österreich – Beginn und Ende der Wahrnehmung der Sicherheit Österreichs im europäischen Rahmen**

Die mediale Information und Diskussion über die europäische Sicherheitspolitik (Schwerpunkt: EU-ESVP) findet in Österreich annähernd zu gleichen Teilen in den Ressorts Außenpolitik und Innenpolitik (26,4 % bzw. 27,2 %) statt. Scheint die ESVP und ihre Akteure auf den ersten Blick doch ein außenpolitisches Thema zu sein, wird es in Österreich zu einem gleich großen Teil auch in den Bereich der Innenpolitik geschoben (Medienresonanz-Analyse: 38). Ein Beispiel dafür mag die nicht enden wollende Diskussion um den Eurofighter-Vertrag sein, welcher sowohl europäische als auch nationale und damit innenpolitische Themenfelder berührt.

Die Analyse der Wahrnehmung der europäischen Sicherheitspolitik durch die Medien lässt erkennen, dass die europäische Perspektive gegenüber der nationalen eindeutig dominiert (mit 43,6 % zu 18,4 %). Hervorzuheben in dieser Framing-Darstellung ist auch die überwiegende Vermittlung einer uneingeschränkten Akzeptanz der europäischen Sicherheitspolitik. Bezüglich der Bewertung des Krisenmanagements bzw. seiner Kapazitäten hingegen ist ein Großteil der Beiträge nicht zuordenbar: 83,5 Prozent der Nennungen lassen keinen Schluss darüber zu, ob das Krisenmanagement in den Medien nun positiv oder negativ bewertet bzw. vermittelt wird (Medienresonanz-Analyse: 57).

Die Zustimmung zur GASP und zur ESVP in ihrem Rahmen wird auch vom Eurobarometer relativ konstant bestätigt: Eine Befragung der Österreicher im Jahr 2005 (Eurobarometer 64, Juni 2006) ergibt eine positive Grundeinstellung, wenngleich verhältnismäßig eher im unteren Bereich (Abb. 24 und 25).

Abb. 24<sup>29</sup>

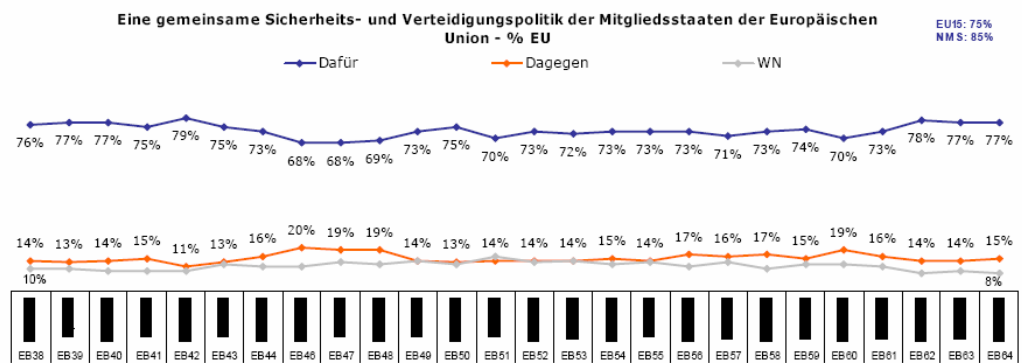
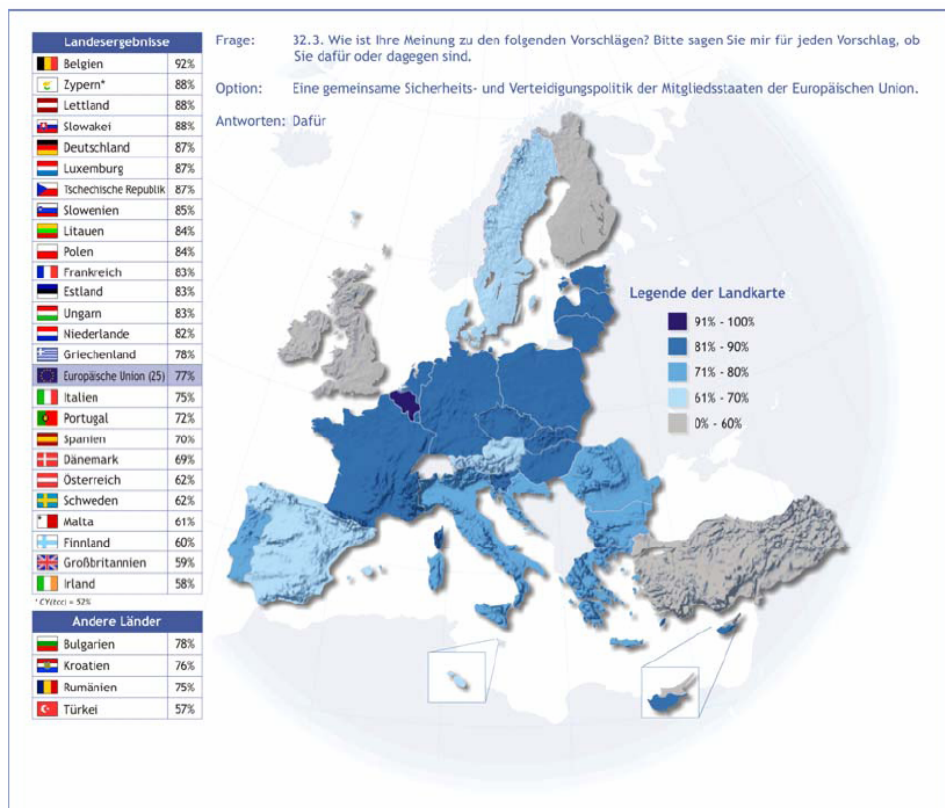
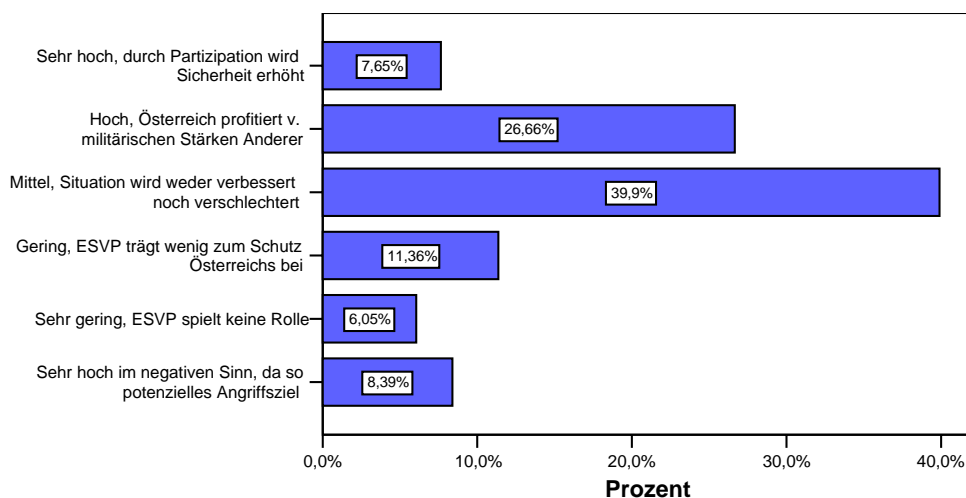


Abb. 25<sup>30</sup>



<sup>29</sup> Eurobarometer 64 (Juni 2006): 102, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb64/eb64\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_de.pdf).

<sup>30</sup> Ebd.:103.

Abb. 26<sup>31</sup>

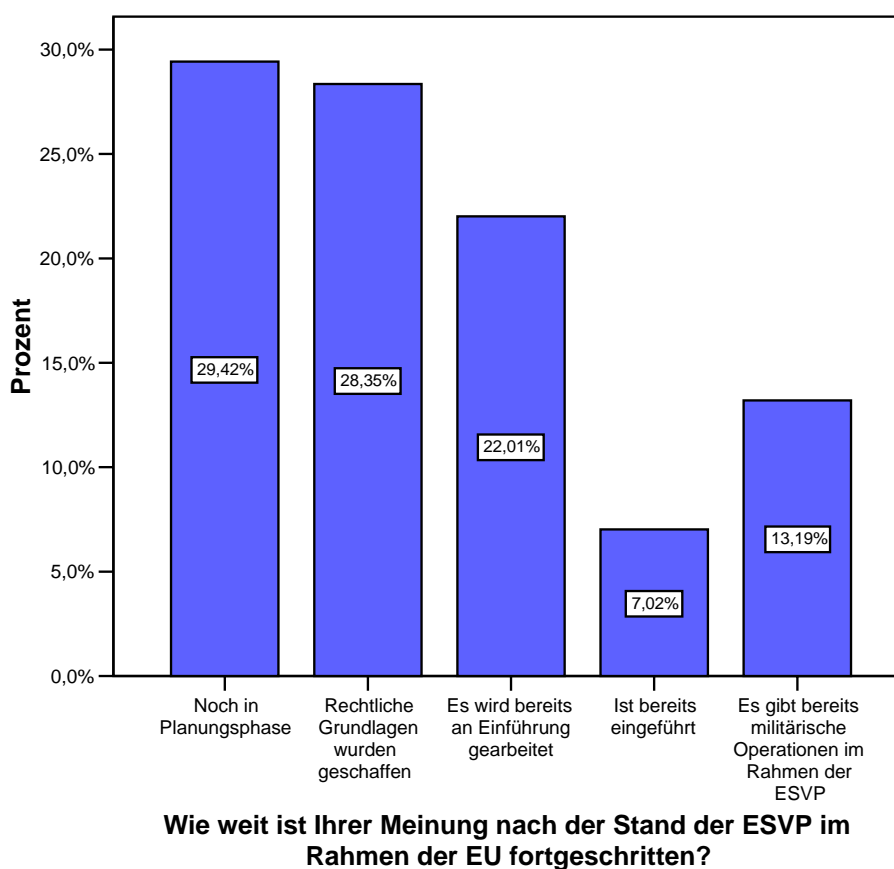
**Wie hoch schätzen Sie den Einfluss einer gemeinsamen ESVP der EU auf die Sicherheit Österreichs in Europa ein?**

Im Gegensatz dazu ergibt die Auswertung der Medienanalyse eine eher negative Berichterstattung der Themenbereiche ESVP und GASP – sowohl im Kontext „Österreich“ als auch in Zusammenhang mit der EU. Im ersten Fall werden ESVP und GASP weniger häufig und überwiegend neutral thematisiert, allerdings mit einer negativen Tendenz, positive Nennungen gibt es überhaupt keine. Im zweiten Fall liegen beide Themenaspekte der Anzahl der Aussagen nach an dritter bzw. vierter Stelle – mit ebenfalls deutlich überwiegend neutralen Bewertungen und mehr negativen als positiven Gewichtungen (Medienresonanz-Analyse: 46f.). Am häufigsten und auch tendenziell am negativsten wird die ESVP in ihren rüstungspolitischen Aspekten dargestellt. Sicherheitspolitik ist kein sehr großes Thema und Verteidigungspolitik wird überhaupt kaum in Zusammenhang mit der ESVP angesprochen (Medienresonanz-Analyse: 49). Dennoch gaben die Befragten unserer Studierendenumfrage größtenteils an, nicht das Gefühl zu haben, gut informiert worden zu sein (56,6 %), wohingegen nur in etwa halb so viele meinten, das wahrgenommen zu haben, was in den Medien tatsächlich berichtet wurde. In der Elitenumfrage gaben 50 Prozent an, die österreichische Medienberichterstattung über Sicherheitspolitik sei „schlecht“. Den Einfluss der ESVP auf die Sicherheit Österreichs schätzen die Befragten, trotzdem sie mehrheitlich die ihnen von den Medien schlecht vermittelte Wissensbasis kritisieren, als relativ hoch ein – insgesamt 34,31 Prozent der von uns befragten Studierenden und 43,8 Prozent der Befragten aus unserer Elitenumfrage waren der Ansicht, der positive (!) Einfluss der ESVP auf Österreich und seine Sicherheit sei „hoch“ und „sehr hoch“ (Abb. 26).

<sup>31</sup> Eigene Umfrage.

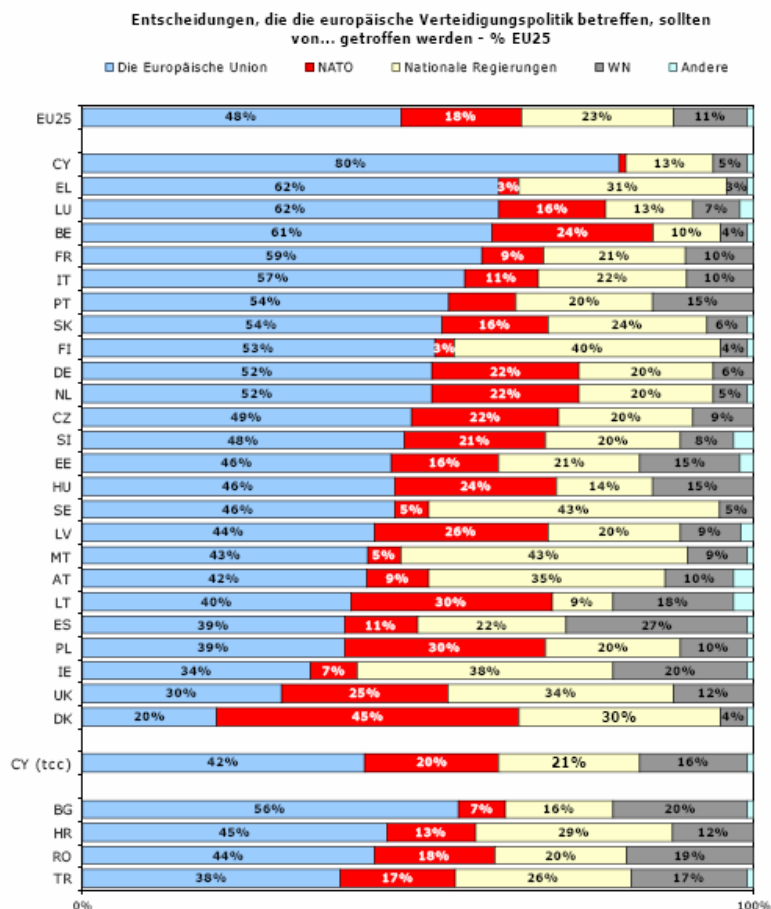
Im Bereich „Rüstungspolitik“ könnte wieder das umstrittene Eurofighter-Projekt eine entscheidende Rolle spielen. Dies unterstreicht zum einen das Ergebnis der Studierenden- und der Elitenumfrage. Bei der Studierendenumfrage gab die Mehrheit (wenngleich knapp) bei der Frage „Warum hat Österreich die ‚Eurofighter‘-Abfangjäger gekauft?“ den herrschenden „Gruppendruck“ innerhalb der Union an, dem Österreich folge. Dazu gesagt werden muss allerdings, dass beinahe gleich viel Befragte als Grund die in der Österreichischen Verfassung festgeschriebene Luftraumverteidigung nannten. Bei der Elitenumfrage gab eine Mehrheit (67,7 %) den Grund „Die Österreichische Verfassung schreibt Verteidigung des Luftraums vor“ an.

**Abb. 27**<sup>32</sup>



Allgemein haben die befragten Studenten und Eliten im Themenbereich Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein eher geringes Wissen zu haben. Jeweils an die 30 Prozent der Befragten teilten die Ansicht, dass sich die ESVP noch in der Planungsphase befände bzw. bisher lediglich die rechtlichen Grundlagen geschaffen worden wären (Abb. 27).

<sup>32</sup> Eigene Umfrage.

Abb. 28<sup>33</sup>

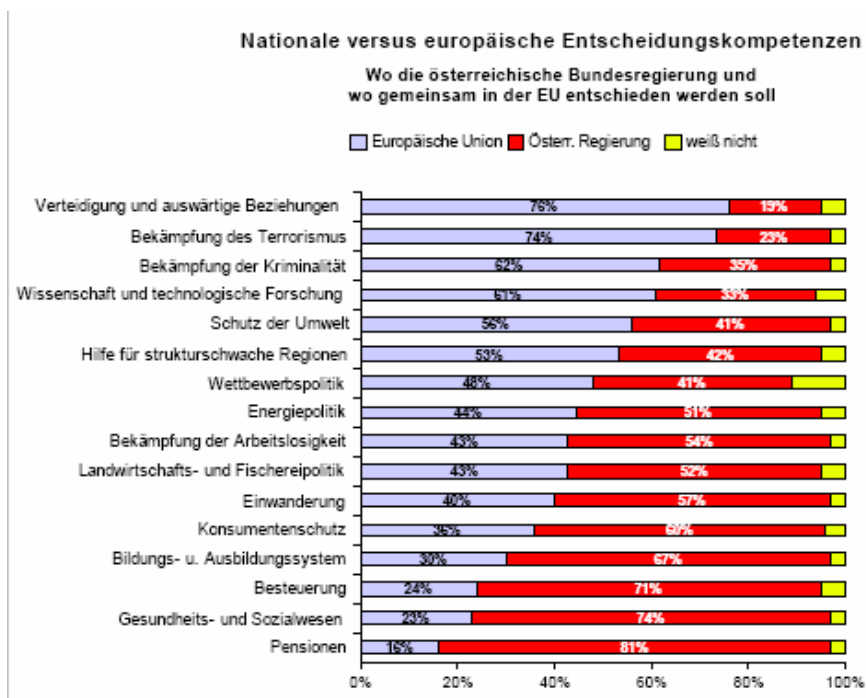
Was die Entscheidungskompetenzen (Abb. 28) betrifft, so wird in europäischen Verteidigungsangelegenheiten eindeutig die EU als zuständige Instanz gegenüber den nationalen Regierungen oder der NATO erkannt – EU-weit etwas deutlicher als in Österreich: 42 Prozent der Österreicher identifizieren die Europäische Union als wichtigstes Entscheidungsgremium (im Vergleich zum EU-Durchschnittswert von 48 %), 35 Prozent finden aber auch, dass die nationale Regierung eine wichtige Rolle spielt (EU-weit sind es hingegen nur 23 %). Interessanterweise sind 9 Prozent der österreichischen Befragten der Ansicht, dass „die NATO“ über die europäische Sicherheitspolitik entscheiden soll (Eurobarometer 64, Juni 2006). Vergleichsdaten aus der Eurobarometerumfrage vom Herbst 2001 (Eurobarometer 56, April 2002) zeigen, dass sich diese Meinung nach den Terroranschlägen in den USA nicht verändert hat – ebenso wenig wie beispielsweise in Finnland oder in Schweden. Daraus ließe sich erschließen, dass Bedrohungen – wie hier Terrorismus – auch wenn sie als solche wahrgenommen werden, sich nicht auf die Einstellung gegenüber Entscheidungskompetenzen auswirken. EU-weit betrachtet hat sich auch seit dem Frühjahr 2001 (unmittelbar vor dem 11. September) nur eine leichte, kaum nennenswerte

<sup>33</sup> Eurobarometer 64 (Juni 2006): 105, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb64/eb64\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_de.pdf).



Verschiebung zugunsten der EU ergeben (NATO: +1 Prozentpunkt, nationale Regierungen: -1 Prozentpunkt, EU: +5 Prozentpunkte; Eurobarometer: nationale Daten [Österreich], Korrespondenz mit Eurobarometer).

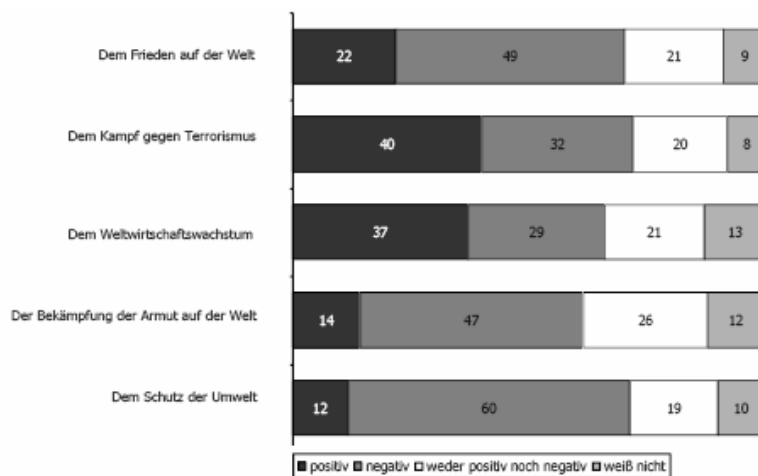
Abb. 29<sup>34</sup>



Österreichs Bevölkerung sieht insbesondere in den Bereichen Terrorismusbekämpfung (73 % zu 23 % EU-weit) und Bekämpfung der Kriminalität (61 % zu 35 % EU-weit) Aufgabenbereiche, in denen die Europäische Union entscheiden soll (Abb. 29, Eurobarometer 64, Nationaler Bericht Österreich, Herbst 2005).

Was das Verhältnis zu den USA betrifft, so wurde bereits festgestellt, dass österreichische Medien ein tendenziell negatives Bild vermitteln. Die Eurobarometer-Umfragedaten reihen sich in dieses Bild sehr gut ein. Sie stellen sowohl eine erstaunlich negative Einstellung der Österreicher gegenüber den USA im Vergleich zu anderen europäischen Staaten dar und charakterisieren die österreichische Bevölkerung als insgesamt sehr kritisch in Bezug auf Zusammenarbeit mit „anderen“; denn auch die Leistungen und Aufgaben der Europäischen Union werden nicht sehr positiv bewertet.

<sup>34</sup> Eurobarometer 64, Nationaler Bericht Österreich (Herbst 2005): 37, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb64/eb64\\_at\\_nat.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_at_nat.pdf).

Abb. 30<sup>35</sup>

Unmittelbar nach dem 11. September 2001 wurde die Rolle der USA im Bereich „Kampf gegen den Terrorismus“ mit 54 Prozent der europaweiten Stimmen bei weitem am positivsten beurteilt, Österreichs Bevölkerung hingegen hielt sich mit 40 Prozent Zustimmung vergleichsweise zurück. Bei der Bewertung der USA in Bezug auf „Schaffung von Frieden auf der Welt“ hingegen überwiegen die negativen Bewertungen relativ deutlich – mit 46 Prozent negativen zu 32 Prozent positiven Beurteilungen europaweit und in Österreich mit 22 Prozent zu 49 Prozent sogar noch etwas stärker. Am negativsten wird die Performance der USA auf dem Gebiet Umweltschutz eingeschätzt – mit 57 Prozent negativen zu 16 Prozent positiven Aussagen und in Österreich gar mit 60 Prozent negativen im Vergleich zu 12 Prozent positiven Aussagen (Abb. 30, Eurobarometer 58: National Standard Report Austria, Januar 2003 und Eurobarometer 58, März 2003).

Die Zaghaftigkeit in der Abgabe von positiven Wertungen zeigt sich auch in den Ergebnissen der Auswertung vom Herbst 2004 – während 22 Prozent der Befragten EU-weit die Rolle der USA im Bereich Frieden auf der Welt positiv einschätzen, kommt man in Österreich lediglich auf 11 Prozent – dahinter liegen nur noch Frankreich mit 10 Prozent und Griechenland mit 5 Prozent Ein ähnliches Bild besteht auch in der Rubrik Kampf gegen Terrorismus, in der Österreicher mit 31 Prozent (im Vergleich zu 39 % auf EU-Ebene) positiver Beurteilung ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt liegen, wenngleich nicht so deutlich. Besonders negativ fällt die österreichische Bewertung der Rolle der USA im Umweltschutz aus – lediglich 7 Prozent der Befragten geben eine positive Stimme ab, EU-weit sind es mehr als doppelt so

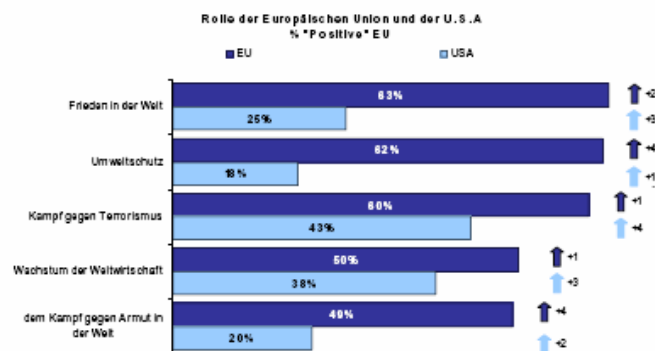
<sup>35</sup> Eurobarometer 58: National Standard Report Austria (Januar 2003), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb58/eb58\\_austria.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb58/eb58_austria.pdf).

viele (17 %). Die Einschätzung der Österreicher bezüglich der EU-Performance in diesen Bereichen ist zwar im Vergleich zur Beurteilung der USA um einiges besser, im Vergleich zu den EU25 jedoch wiederum relativ schlecht. 52 Prozent der Österreicher konstatieren eine positive Rolle der EU im Bereich „Frieden auf der Welt“, doch gegenüber den 61 Prozent EU-weit liegen sie an drittletzter Stelle (gemeinsam mit Großbritannien) und damit eindeutig unter dem EU-Durchschnitt – noch zurückhaltender äußerten sich nur mehr Portugal (51 %) und Italien (45 %). Den Kampf gegen den Terrorismus bewerten die Österreicher mit 49 Prozent zu 59 Prozent EU-weit sehr ähnlich und platzieren sich damit gerade noch vor Italien und Portugal, die beide mit 47 Prozent positiven Meinungen das Schlusslicht bilden (Abb. 31, Eurobarometer 62, Mai 2005).

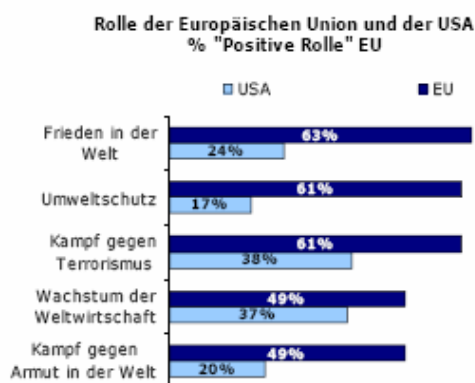
Abb. 31<sup>36</sup>

<i>Positive Rolle "Frieden in der Welt"</i>				<i>Positive Rolle "Kampf gegen Terrorismus"</i>			
	EU	USA	Diff. EU-USA		EU	USA	Diff. EU-USA
<b>EU25</b>	<b>61%</b>	<b>22%</b>	<b>+39</b>	<b>EU25</b>	<b>59%</b>	<b>39%</b>	<b>+20</b>
LT	80%	43%	+37	CZ	78%	67%	+11
CZ	78%	47%	+31	LT	76%	61%	+15
MT	77%	31%	+46	SK	74%	43%	+31
SK	77%	26%	+51	MT	73%	43%	+30
IE	74%	28%	+46	EE	70%	49%	+21
DE	71%	17%	+54	ES	68%	23%	+45
FI	71%	16%	+55	FI	68%	43%	+25
EE	71%	27%	+44	NL	66%	51%	+15
LU	70%	18%	+52	IE	65%	38%	+27
CY	70%	5%	+65	FR	63%	27%	+36
SI	68%	13%	+55	HU	62%	46%	+16
HU	67%	19%	+48	LV	62%	44%	+18
FR	66%	10%	+56	PL	62%	55%	+7
BE	65%	18%	+47	SI	62%	22%	+40
LV	65%	27%	+38	BE	61%	31%	+30
ES	64%	17%	+47	CY	61%	10%	+51
NL	63%	31%	+32	DE	60%	36%	+24
EL	60%	5%	+55	LU	60%	33%	+27
PL	57%	30%	+27	DK	59%	48%	+11
DK	55%	27%	+28	EL	57%	10%	+47
SE	53%	19%	+34	UK	52%	55%	-3
AT	52%	11%	+41	SE	51%	41%	+10
UK	52%	32%	+20	AT	49%	31%	+18
PT	51%	15%	+36	IT	47%	37%	+10
IT	45%	30%	+15	PT	47%	22%	+25
RO	82%	53%	+29	RO	80%	66%	+14
BG	68%	24%	+44	BG	69%	42%	+27
HR	61%	13%	+48	HR	60%	28%	+32
TR	55%	13%	+42	TR	47%	12%	+35
CY(n)	58%	16%	+42	CY(n)	51%	17%	+34

<sup>36</sup> Eurobarometer 62 (Mai 2005): 128, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb62/eb\\_62\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb62/eb_62_en.pdf).

Abb. 32<sup>37</sup>

In der Auswertung vom Herbst 2005 (Abb. 32) zeigt sich, dass die Rolle sowohl der EU als auch der USA positiver eingeschätzt wurde. Dennoch lag die EU in der positiven Rollenwahrnehmung eindeutig vor den USA, besonders deutlich in den Bereichen „Frieden“, „Umweltschutz“ und „Kampf gegen den Terrorismus“.

Abb. 33<sup>38</sup>

Die neusten Eurobarometer-Auswertungen (Abb. 33) attestieren der EU eine relativ konstante Beurteilung ihrer Rolle in allen Bereichen – die USA hingegen haben insbesondere im Kampf gegen den Terrorismus an positiven Wertungen verloren (-5 Prozentpunkte). Österreich bleibt in seinen Einschätzungen der Rolle der USA im Bereich „Frieden in der Welt“ weiter unter (14 % positive Stimmen zu 24 % EU-weit) bzw. über dem EU-Durchschnitt (62 % zu 53 % negative Bewertungen), ebenso im „Kampf gegen den Terrorismus“ (29 % zu 38 % positive und 49 % zu 40 % negative Stimmen).

<sup>37</sup> Eurobarometer 63 (September 2005): 69, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb63/eb63\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb63/eb63_de.pdf).

<sup>38</sup> Eurobarometer 64 (Juni 2006): 100, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb64/eb64\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_de.pdf).

Abb. 34<sup>39</sup>

QA38b.1 Et à vos yeux, l'Union européenne joue-t-elle plutôt un rôle positif, plutôt un rôle négatif ou ni l'un ni l'autre en ce qui concerne ... ?

La paix dans le monde

QA38b.1 And in your opinion, does the European Union tend to play a positive role, a negative role or neither positive nor negative role regarding...?

Peace in the world

	EU25		EU15		NMS		BE		CZ		DK		D-W		DE		D-E		EE	
	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB
Positif	64.2	63.4	64.2	64.2	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4
Négatif	63	0	61	70	64	-11	81	+1	58	-1	76	+4	77	+3	81	0	70	-6	70	-6
Ni l'un ni l'autre	10	+1	10	6	11	+5	2	-1	7	-1	5	-1	5	0	4	+1	4	+1	4	+1
NSP	22	0	23	20	22	+3	16	+2	31	+2	17	-2	16	-2	14	0	18	+4	18	+4
DK	5	-1	6	5	2	+1	2	-1	3	-2	2	-1	2	-1	1	-1	8	+1	8	+1

	EL		ES		FR		IE		IT		CY		LV		LT		LU	
	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB
Positive	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4
Negative	56	-5	55	-2	68	+1	65	-5	54	0	75	+1	67	-3	75	-3	75	+9
Neither positive nor negative	11	0	9	-2	8	0	6	-1	16	-2	3	-3	4	-1	2	-1	5	-1
DK	33	+6	24	+3	20	+1	23	+5	24	0	20	+2	21	+3	16	+3	17	-9
DK	0	-1	12	+1	4	-1	6	+1	6	+2	2	0	8	+1	6	0	4	+2

	HU		MT		NL		AT		PL		PT		SI		SK		FI	
	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB
Positif	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4
Négatif	64	-8	77	-3	64	-5	52	+1	68	+5	60	-4	63	-10	75	-4	71	-1
Ni l'un ni l'autre	10	+6	3	+1	7	0	15	+4	6	-1	10	0	4	0	6	+2	4	0
NSP	22	+2	12	0	27	+5	29	-5	20	-4	21	+4	30	+9	17	+2	23	+1
DK	4	0	8	+2	2	-1	4	0	5	-1	9	0	3	+1	3	0	2	0

	SE		UK		BG		HR		RO		TR		CY (tcc)	
	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB
Positive	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4
Negative	63	+7	46	-6	73	-1	58	+2	71	-10	50	-5	54	-4
Neither positive nor negative	4	-1	17	+4	3	+1	8	0	4	+1	24	-1	20	-1
DK	29	-5	29	+4	13	-2	28	-2	14	+5	15	+2	21	+7
DK	4	-1	9	-2	12	+3	6	+1	10	+3	10	+4	5	-2

QA38b.2 Et à vos yeux, l'Union européenne joue-t-elle plutôt un rôle positif, plutôt un rôle négatif ou ni l'un ni l'autre en ce qui concerne ... ?

La lutte contre le terrorisme

QA38b.2 And in your opinion, does the European Union tend to play a positive role, a negative role or neither positive nor negative role regarding...?

The fight against terrorism

	EU25		EU15		NMS		BE		CZ		DK		D-W		DE		D-E		EE	
	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB
Positif	64.2	63.4	64.2	64.2	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4
Négatif	61	+1	59	71	63	-2	82	+3	59	+1	62	+3	63	+3	69	+5	69	-4	69	-4
Ni l'un ni l'autre	10	0	11	4	12	+3	3	-1	8	+1	9	0	8	0	6	+2	4	+1	4	+1
NSP	23	-1	24	19	23	-1	14	0	30	+1	25	-4	25	-4	24	-5	19	+3	19	+3
DK	6	0	7	5	2	0	1	-2	3	-3	4	+1	4	+1	2	-1	8	0	8	0

	EL		ES		FR		IE		IT		CY		LV		LT		LU	
	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB
Positive	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4
Negative	53	-5	58	-3	65	+1	59	-2	55	0	66	+2	64	0	72	+1	65	+10
Neither positive nor negative	14	+3	10	0	10	0	8	-1	15	-1	3	-4	5	0	3	0	7	-3
DK	33	+3	20	+1	20	+1	25	+1	23	-1	26	+1	24	+2	16	-2	24	-5
DK	1	-1	12	+2	6	-1	8	+2	8	+3	5	+1	8	-1	8	0	5	-1

	HU		MT		NL		AT		PL		PT		SI		SK		FI	
	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB
Positif	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4
Négatif	68	0	73	-4	66	-4	46	0	71	+6	59	-2	58	-9	71	-2	65	-3
Ni l'un ni l'autre	8	+2	4	0	8	+1	14	+3	4	-1	9	-1	6	+1	6	+2	6	-1
NSP	20	0	13	+1	23	+2	34	-5	19	-4	23	+4	32	+7	20	+2	27	+4
DK	4	-2	10	+3	3	+1	5	0	7	0	9	-1	4	+2	3	-1	2	0

	SE		UK		BG		HR		RO		TR		CY (tcc)	
	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB	EB
Positive	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4	64.2	63.4
Negative	54	+4	51	+3	73	+1	55	+1	71	-9	43	-3	52	+4
Neither positive nor negative	7	0	13	-2	3	0	9	0	4	+2	29	-3	19	-7
DK	33	-1	27	+3	14	-1	30	-2	14	+4	17	+2	23	+5
DK	6	-3	9	-4	11	+1	6	+1	11	+3	11	+4	6	-3

Nur 52 Prozent der Österreicher (EU-25 63 %) schätzen die Rolle der EU im Bereich „Frieden auf der Welt“ positiv ein, dahinter liegt nur noch Großbritannien mit 46 Prozent. Mit 15 Prozent negativen Stimmen liegt Österreich zwar über dem EU-Durchschnitt (10 %), aber nicht an letzter Stelle (Italien 16 %, Großbritannien 17 %). Interessant sind auch hier die verhältnismäßig vielen Österreicher, welche die Rolle der EU weder positiv noch negativ einschätzen (29 % im Vergleich zu 22 % EU-weit – nur Griechenland liegt mit 33 % noch davor). Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Rolle der EU im Kampf gegen den Terrorismus – hier geben Österreicher mit nur 46 Prozent (EU-25 61 %) positiven Stimmen bei weitem die

<sup>39</sup> Eurobarometer 64 (Juni 2006), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb64/eb64\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_de.pdf).

schlechteste Beurteilung ab, umgekehrt nach Italien auch die meisten negativen Bewertungen (Österreich 14 %, Italien 15 %, EU-25 10 %). Mit 34 Prozent „weder noch“-Angaben führen die Österreicher noch vor Großbritannien und Griechenland mit jeweils 33 Prozent (EU-25 23 %) (Abb. 34, Eurobarometer 64, Juni 2006).

## **2.6 Die Funktion von Massenmedien in Zusammenhang mit dem Sicherheits- und Bedrohungsempfinden der österreichischen Bevölkerung**

Die Außen- und Sicherheitspolitik gehört immer noch zu jenen Bereichen, die in der Öffentlichkeit intuitiv am stärksten mit Elitenentscheidungen in Verbindung gebracht werden. Nicht ganz grundlos; denn trotz einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft werden staatstragende Geheimnisse am ehesten in sicherheitspolitisch relevanten Sachfragen anzutreffen sein – man denke nur an die Diskussionen um die Offenlegung von Teilen rüstungspolitischer Verträge. Interessant ist in diesem Zusammenhang wiederum die Funktion der Massenmedien. Die Frage, ob Massenmedien die Voraussetzungen für eine responsive – das heißt eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte – Sicherheitspolitik verbessern, ist entscheidend. Doch was sind überhaupt die Voraussetzungen für eine an der Bevölkerung orientierte Sicherheitspolitik? Wie kann überhaupt so etwas wie die „Nähe zur Bevölkerung“ gemessen werden, um den Entscheidungsträgern Anhaltspunkte zu geben?

Zunächst ist zu sagen, dass die Feststellung einer Verbesserung – oder eben nicht – der „responsiven“, nationalen Sicherheitspolitik jedenfalls nur über einen längeren Zeitraum und nach einer Analyse der bestehenden nationalen Sicherheitspolitik getroffen werden kann. Da beides in der vorliegenden Studie nicht behandelt wurde, ist es lediglich möglich, die Rückwirkung des Sicherheitsempfindens in der Bevölkerung – teilweise vermittelt durch die Medien – auf die nationale Sicherheitspolitik zu erraten. Ob die Medien dabei Informationen mit dem Ziel vermitteln, die österreichische Sicherheitspolitik zu verbessern, oder ob sie in erster Linie ihrem Selbsterhaltungsinteresse folgen, ist schwer zu beurteilen. Zumindest ist aber offenkundig, dass eine große Auswahl von Informationen die Möglichkeit bietet, sich eine fundierte Meinung zu bilden. Wie oben ausgeführt wird die sicherheitspolitische Medienberichterstattung diesem Kriterium der Auswahlbreite nicht sehr gut gerecht.

Ob in diesem Zusammenhang von den Medien eine absichtliche bzw. unabsichtliche Schaffung und Gewichtung von Sicherheitsbedrohungen vorgenommen wird, ist sehr schwierig zu beantworten, vor allem wenn von einem umfassenden Sicherheitsbegriff

ausgegangen wird. Nach dieser Definition von Sicherheit kann potenziell jeder Umstand des gesellschaftlichen Lebens öffentlich als „sicherheitsrelevant“ eingestuft werden. Dieser Umstand ist insofern folgenschwer, als sich daraus zwei Konsequenzen ergeben: Erstens ist die Frage nach den Bestimmungskriterien niemals neutral, geschweige denn objektiv fassbar. Zweitens bietet sich die Versicherunglichung von Sachverhalten, für Nutzenmaximierende, rationale Akteure deshalb als Möglichkeit zum Gewinn von Öffentlichkeit und Spielraum an. Denn wenn eine gewisse Thematik als Bedrohung gerahmt wird, erscheinen politische Reaktionen darauf legitim, die anderenfalls kaum möglich, beziehungsweise überhaupt nicht in Betracht gezogen worden wären.

Dieser Logik unterliegen auch die Medien selbst, vielleicht nicht so sehr im Sinne einer Vergrößerung der eigenen politischen Einflussmöglichkeiten, sondern eher durch Maximierung der eigenen Gewinne. Jedenfalls lässt sich aus dieser Studie keine eindeutig durch die Medien stattgefundene Festlegung einer Sicherheitsbedrohung ableiten – eher das Gegenteil ist der Fall: Konkrete Bedrohungen ausgehend von bestimmten Konfliktherden werden eher selten zur Sprache gebracht.

Die Frage, ob Massenmedien nun die Funktion von zwischen politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit geschalteten Einrichtungen haben, welche sicherheitspolitische Aspekte öffentlichkeitsgerecht übersetzen und vermitteln, kann nur vage beantwortet werden, zumal das Ausmaß der Erfüllung dieser Aufgabe nur schwerlich vom Grad des Informationsverlangens der Bevölkerung zu unterscheiden ist. Ob sich Informationsdefizite auch auf die schlechte mediale Aufarbeitung und Vermittlung beziehen oder aber vom mangelnden öffentlichen Interesse abhängen, kann kaum beantwortet werden. Zumindest aber kann, basierend auf den Erkenntnissen dieser Studie, gesagt werden, dass definitiv ein Informationsmangel bzw. einige Fehlinformationen in der Bevölkerung festzustellen sind.

Hier die Schuld primär einem Desinteresse der Bevölkerung zuzuschreiben, wäre sicherlich falsch; denn die Medien haben zweifellos einen gewissen Verantwortungsbereich zu übernehmen, da es ihnen obliegt, der Öffentlichkeit Informationen verständlich zu verkaufen. Natürlich ist das auch ein Grundelement der Beziehung zwischen Politik und Massenmedien: Will sie mit den Inhalten ihrer Politik zur breiten Bevölkerung vorstoßen, muss sie sich auf die massenmediale Logik einlassen und Entscheidungen in verständliche, häufig parolenartige Muster übersetzen. Medien können Diskurse zwar beeinflussen, aber nicht unabhängig von

gesellschaftlichen und politischen Konstellationen erfinden. Das gilt auch für die mediale Präsentation sicherheitspolitisch relevanter Sachverhalte. Welche von beiden Seiten die Getriebene ist – das heißt, ob Medien die Politik kodeterminieren bzw. Politik die Medien kodeterminiert hängt vom Einzelfall ab.

### **3. Synopse**

Abschließend werden noch einmal kurz die wichtigsten Ergebnisse der Studie betreffend der zu beantwortenden Fragen zusammengefasst:

**Wie ist der Status der öffentlichen Wahrnehmung relevanter Aspekte der Europäischen Sicherheitspolitik in Österreich? Wo beginnt in der Wahrnehmung der Bevölkerung und vermittelt durch die Medien die „Sicherheit“ Österreichs im europäischen Rahmen und wo hört sie auf?**

Exakte Angaben über den Beginn und das Ende der von den Österreichern wahrgenommenen Sicherheit, vermittelt durch die Medien, zu tätigen ist schwierig, weil die Berichterstattungen und die Fragestellungen der Umfragen nicht auf einander abgestimmt sind. Jedenfalls aber kann gesagt werden, dass diese Spannbreite nicht sehr groß ist – für die Beurteilung der Sicherheit oder negativ betrachtet für die Einschätzung der Bedrohung wird bevorzugter Weise das nähere Umfeld herangezogen und analysiert. Die Sicherheit Österreichs beginnt also zuerst einmal in Österreich selbst und zwar direkt vor der Haustür. Sie endet auch relativ bald danach wieder (z.B. Hochwasserkatastrophen).

**Wovon sieht die österreichische Bevölkerung ihre „Sicherheit“ bedroht?**

Von der Bevölkerung werden vornehmlich nicht-militärische Bedrohungsbilder bzw. deren mögliches Auftauchen wahrgenommen – wie etwa Naturkatastrophen oder Reaktorunfälle. Weitläufigere Sicherheitsaspekte wie Terrorismus oder Massenvernichtungswaffen werden von den Medien zunächst nur marginal behandelt und in Folge von der Bevölkerung als potenzielle Bedrohungen auch nicht in dem Ausmaß wahrgenommen, was sich in den unterdurchschnittlichen Bedrohungswahrscheinlichkeits-Bewertungen der Österreicher im Vergleich zu anderen EU-Staaten zeigt.



### **Welche Arten von ÖBH-Operationen ist die Bevölkerung bereit mitzutragen?**

Verhältnismäßig intensiv beschäftigen sich Medien mit dem Österreichischen Bundesheer, insbesondere mit seinen Einsätzen. Inwiefern die Bevölkerung jedoch dahinter steht und welche Arten von ÖBH-Operation sie bereit ist mitzutragen, ist eine andere Frage. Auf jeden Fall unterstützt werden humanitäre Aktionen oder Evakuierungsmaßnahmen, gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen und friedenserhaltende Maßnahmen. Die meisten von uns Befragten knüpfen die Zustimmung zu einem Einsatz jedoch an bestimmte Voraussetzungen wie beispielsweise eine UN-Mandatierung. Unter diesen Bedingungen unterstützt die relative Mehrheit sämtliche Bereiche der klassischen und erweiterten Petersberg-Aufgaben. Die meisten negativen Stimmen gibt es bei der Unterstützung von Drittstaaten bei der Terrorismusbekämpfung, Kampfeinsätzen für das Krisenmanagement und Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens sowie Beratung und Unterstützung von Drittländern. Dies sind alles ESVP-Aufgaben aus dem so genannten „erweiterten Petersberg-Spektrum“, wie es etwa im EU-Verfassungsvertrag formuliert ist.

### **Was ist das öffentliche Image des ÖBH im Verwendungsbild „erweiterte Petersberg-Aufgaben“?**

Das Ergebnis in Bezug auf das öffentliche Image des ÖBH in der spezifischen Kategorie „erweiterte Petersberg-Aufgaben“ ist sehr bescheiden. In diesem Punkt ist es nicht einmal möglich, ein tatsächlich vorhandenes Image zu identifizieren, da mehr als die Hälfte der Befragten keine Assoziationen zu den „erweiterten Petersberg-Aufgaben“ hat und man deshalb den Bekanntheitsgrad dieses Aufgabenspektrums als äußerst gering einstufen muss.

### **Wie framen und besetzen die Medien das Thema „International Peace Support Operations“ unter Beteiligung des ÖBH?**

Während dieser Aufgabenbereich des ÖBH auch von den Medien eher außer Acht gelassen wird, werden internationale Peace Support Operations gleichwohl behandelt. Medien geben hier überwiegend neutrale Bewertungen ab, allerdings mit einer positiven Tendenz. Am häufigsten (und am neutralsten) wird der Einsatz im Kosovo angesprochen, an zweiter Stelle und am positivsten die Operation EUFOR Althea, gefolgt von der Beteiligung des ÖBH an

der UN-Operation MONUC in der Demokratischen Republik Kongo und schließlich der Task Force Nord in Tuzla im Rahmen der KFOR.

### **Inwieweit besteht politikwissenschaftlich begründeter öffentlicher Aufklärungsbedarf?**

Die Auswertungen sowohl der im Rahmen der Studie eigens durchgeführten Umfrage als auch der Daten des Eurobarometers und die Erkenntnisse von vorherigen Studien zeigen einige Bereiche auf, in denen die Medienberichterstattung nicht die notwendige Qualität aufweist bzw. wo es Informationsmängel in der Bevölkerung gibt. In diesem Zusammenhang seien zunächst die Verpflichtungsgrade der Republik Österreich gegenüber Organisationen wie der EU und der NATO erwähnt. So wird u.a. von einer bindenden militärischen Beistandsverpflichtung gesprochen, die man gegenüber der EU bzw. NATO hätte. Um diesem offensichtlich vorhandenen Informationsdefizit entgegenzuwirken, wäre es auf jeden Fall erforderlich, den Informationsfluss nicht nur zu verstärken, sondern auch seine Qualität zu erhöhen. Das vorliegende Analyseergebnis und jenes vorheriger Studien zeigt deutlich, dass es insbesondere an grundlegenden, man könnte sagen einführenden Informationen mangelt, die jedoch relativ leicht in Medienberichten über die operative Sicherheitspolitik mittransportiert werden könnten; jedenfalls sollte ein „gesundes“ Bewusst- und Gewährsein von Bedrohung und Sicherheit in der österreichischen Bevölkerung geschaffen werden. Das ermöglicht zudem politischen Entscheidungsträgern eine größere Legitimation in sicherheitspolitischen Fragen und aufgrund des besseren Verständnisses in der Öffentlichkeit auch einen erweiterten Handlungsspielraum.

### **Erfüllen Massenmedien dabei eher die Funktion die Voraussetzungen für responsive (an den „Bedürfnissen“ der Bevölkerung orientierte) nationale Sicherheitspolitik in Europa zu verbessern, definieren die Massenmedien eher autonom bestimmte Ereignisse als Sicherheitsbedrohungen oder bereiten sie im Sinn von intermediären Agenten sicherheitspolitische Grundentscheidungen für die breite Bevölkerung verständlich auf?**

Den Grad der optimalen Aufgabenerfüllung der Massenmedien in diesem Zusammenhang ist von Fall zu Fall unterschiedlich. In Bezug auf die Funktion der Massenmedien als Katalysator der nationalen Sicherheitspolitik konnte in diese Studie nicht objektiv festgestellt werden, ob bzw. in welchen Fällen zuerst die Intention zur allgemeinen Wissensverbesserung kommt oder die Absicht, den eigenen Gewinn zu maximieren. Ob im Rahmen der Berichterstattungen

eine unabsichtliche oder absichtliche Definition von Bedrohungen vorgenommen wird, kann zwar aufgrund eines umfassenden Sicherheitsbegriffs nicht eindeutig geklärt werden, die marginale Behandlung äußerer Bedrohungen durch innerösterreichische schließt das aber eher aus. Am ehesten ist eine „Nicht-Definition“ von Bedrohungen festzustellen. In Bezug auf die Funktion von Massenmedien als intermediäre Agenten demokratischer Wissensvermittlung ist in Bezug auf sicherheitspolitische Themen angesichts verbreiteter Falschinformationen in der Bevölkerung deutlicher Verbesserungsbedarf der sachverhaltsbezogenen Qualität öffentlicher Kommunikation gegeben.

## **Fazit**

Bezüglich europäischer Sicherheitspolitik ist in der österreichischen Bevölkerung ein Informationsproblem zu identifizieren, wenngleich eine grundsätzlich positive Grundstimmung vorherrscht. Von Seiten politischer Entscheidungsträger sollte also auf jeden Fall eine verbesserte Informationspolitik angestrebt werden, die in der Bevölkerung nicht nur ein größeres Verständnis für sicherheitspolitische Entscheidungen in Hinblick auf die EU schafft, sondern auch ein der Realität eher entsprechendes Bedrohungsbewusstsein erlaubt. Trotz des im Vergleich zum EU-Durchschnitt relativ hohen Sicherheitsgefühls spricht sich die österreichische Bevölkerung durchaus für ein Engagement des ÖBH außerhalb der nationalen Grenzen im Rahmen der Europäischen Union aus – insbesondere, wenn es sich um Hilfeleistungen bei Naturkatastrophen handelt oder Einsätze unter einem UN-Mandat stattfinden.

Auslandseinsätze sind auch jener Aspekt, auf den sich Medienberichterstattungen besonders konzentrieren. Das räumt der politischen Führung doch einen beachtlichen Handlungsspielraum ein. Allgemein sollte den Ergebnissen unserer Umfragen zufolge jedoch am öffentlichen Image des ÖBH – im Sinne von Ausbildungsniveau und Ausrüstung – gearbeitet werden, obwohl die Medien ein überwiegend positives Bild vermitteln und in diesem Zusammenhang keinen nennenswerten Kritikpunkt kommunizieren. Das demonstriert, dass Medien zwar eine starke Vermittlerrolle auch im Bereich Sicherheitspolitik besitzen, es aber zugleich Bereiche gibt, in denen die Bevölkerung eine feste und relativ unabhängige Meinung aufweist.

## 4. Literatur

Buzan, Barry/Ole Wæver/Jaap de Wilde (1998): Security. A New Framework for Analysis. Boulder, CO: Rienner.

Daase, Christopher (1993): Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung. Ideen zur theoretischen Orientierung der sicherheitspolitischen Forschung, in: ders./Susanne Feske/Bernhard Moltmann/Claudia Schmidt (Hg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt. Baden-Baden: Nomos, 39-63.

Ernst, Werner W./Franz Kernic (Hg) (2002): Öffentliche Meinung und europäische Sicherheitspolitik. Österreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Umbruch, Baden-Baden: Nomos.

Eurobarometer 56 (April 2002), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb56/eb56\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb56/eb56_de.pdf).

Eurobarometer 57 (Oktober 2002), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb57/eb57\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb57/eb57_de.pdf).

Eurobarometer 58: National Standard Report Austria (Januar 2003), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb58/eb58\\_austria.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb58/eb58_austria.pdf).

Eurobarometer 58, (März 2003), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb58/eb58\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb58/eb58_de.pdf).

Eurobarometer 62 (Mai 2005), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb62/eb\\_62\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb62/eb_62_en.pdf).

Eurobarometer 63 (September 2005), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb63/eb63\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb63/eb63_de.pdf).

Eurobarometer 64: Nationaler Bericht Österreich (Herbst 2005), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb64/eb64\\_at\\_nat.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_at_nat.pdf).

Eurobarometer Special 238: Risk Issues (Februar 2006), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_238\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_238_en.pdf).

Eurobarometer Spezial 251: Die Zukunft Europas (Mai 2006), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_251\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_251_de.pdf).

Eurobarometer 64 (Juni 2006), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb64/eb64\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_de.pdf).

Eurobarometer 65 (Juli 2006), [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb65/eb65\\_first\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_first_en.pdf).

Farrell, Theo (2002): Constructivist Security Studies: Portrait of a Research Programme, in: *International Studies Review* 4: 49-72.

Giller, Joachim (1996): Umfassende Sicherheit, öffentliches Sicherheitsempfinden und staatliche Sicherheitspolitik, in: *ÖMZ* 4: 455-464.

Kaufmann, Franz-Xaver Kaufmann (1973): *Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem*. 2. Aufl. Stuttgart: Enke.

Kernic, Franz/Jean Callaghan/Phillipe Manigart (2002): *Public Opinion on European Security and Defense. A Survey of European Trends and Public Attitudes Toward CFSP and ESDP*. Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang.

Manigart, Phillipe (2001): *Public Opinion and European Defence*. Special Eurobarometer 146, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_146\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_146_en.pdf).

Medienresonanz-Analyse. Europäische Sicherheitspolitik im Spiegel der österreichischen Medien – Spezialfokus „Die Rolle Österreichs“, 1. Halbjahr 2006 (im Auftrag und nach Vorgaben der Projektleitung durchgeführt von der Firma MAEDIWATCH, liegt diesem Projektbericht bei).

Reiter, Erich (1999): Meinungen der Österreicher zu Neutralität, Sicherheit und NATO. Informationen zur Sicherheitspolitik 1/1999. Wien.

Schulz, Ute (2002): Einstellungsmuster der österreichischen Bevölkerung zu Fragen einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheitspolitik, in Werner Ernst/Franz Kernic (Hg): Öffentliche Meinung und europäische Sicherheitspolitik. Österreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Umbruch, Baden-Baden: Nomos, 139-141.

Sinnott, Richard (1997): European Public Opinion and Security Policy. Chaillot Papers 28. Paris.